



Geschäftsbericht der FDP 2013–2015

**Freie
Demokraten**
FDP



Marco Buschmann

LIEBE FREUNDE DER FREIHEIT,

wie lässt sich die Arbeit des Thomas-Dehler-Hauses für diesen Bericht zusammenfassen? Von der Menge her ist das einfach: Verdoppelung der Aufgaben bei Halbierung der Kopfzahl. Denn nach dem Wegfall der FDP-Bundestagsfraktion schauten plötzlich alle Augen auf die Bundesgeschäftsstelle; die aber musste die Zahl der Mitarbeiter fast halbieren, um sich den neuen finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen.

Dabei ist es gelungen, nicht nur den Wegfall von viereinhalb Millionen Euro auf der Einnahmeseite zu kompensieren, sondern zusätzlich auch noch eine Million Euro Schulden abzubauen. Allen Mitarbeitern, die durch Gehaltsverzicht und mit ihrer umsichtigen und kostenbewussten Arbeitsweise dazu beigetragen haben, möchte ich dafür herzlich danken! Ohne das wäre es nicht möglich gewesen.

Wie unterstützt das Thomas-Dehler-Haus unseren Bundesvorstand und die Mitglieder optimal dabei, neues Vertrauen in die faszinierende politische Idee der Freiheit und die Freien Demokraten zu gewinnen? Unsere Antwort war, dass wir neue, ungewohnte Wege gehen mussten: empirisch basierte Befunde, qualitativ aufgearbeitete Analysen und möglichst konkrete Handlungsalternativen vorschlagen, die eine gut informierte Debatte über die anstehenden Entscheidungen ermöglichen. Gemeinsam mit den 102 Leitbildbotschaf-

tern der Landesverbände ist es gelungen, die entsprechenden Informationen auch in der Fläche für viele tausend Mitglieder anzubieten. Bei unserem Freiheitskonvent haben wir neue Debattenformate wie „fish bowl“ ausprobiert und haben mehrfach die Mitglieder in Beratungen über online-Umfragen eingebunden. Ja, und ein wenig neue Farbe gehörte auch dazu. Die vielen freundlichen Rückmeldungen zu diesen Maßnahmen lassen mich hoffen, dass wir uns dem selbst gesetzten Ziel ein Stück weit angenähert haben.

Große Freude hat die neue Form der Arbeit gemacht: Denn überall war nach einer ersten Phase der Trauer über das Ergebnis der letzten Bundestagswahl wieder Teamgeist zu spüren und der gemeinsame Wille, erfolgreich für mehr Chancen durch mehr Freiheit zu kämpfen. Die Mitglieder, die Mitarbeiter, die Mandatsträger – alle legen sich ins Zeug! Auf dieser Basis hat die enge Kooperation mit den Landesverbänden Hamburg und Bremen bei der Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Bürgerschaftswahlkampagnen großen Spaß gemacht – umso mehr, als dass sich dieser Teamgeist als echtes Erfolgsmodell bewiesen hat.

Das alles und noch viel mehr an Informationen finden Sie im folgenden Geschäftsbericht.

Ihr
Marco Buschmann
Bundesgeschäftsführer

VORWORT	03
01 BUNDESPARTEI UND BUNDESGESCHÄFTSSTELLE	06
03/2013 – 12/2013.....	07
12/2013 – 12/2014	08
LEITBILD	16
2015	18
BUNDESSATZUNGSAUSSCHUSS	20
WAHLPRÜFUNGSAUSSCHUSS	21
BUNDESSCHIEDSGERICHT	22
HAUSHALTS- UND FINANZKOMMISSION	23
KOMMUNALPOLITISCHER BEIRAT	23
VERANSTALTUNGEN	24
SITZUNGEN DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER	25
LIBERALE INTERNATIONALE	25
ALDE (PARTEI)	27
ALDE (FRAKTION)	28
FDP LV NET	29
FDP-BÜRGERFONDS	30
MENTORING-PROGRAMM DER FDP	31
LIBERALER PARTEISERVICE	32
02 PROGRAMMARBEIT	34
BFA INTERNATIONALE POLITIK	36
BFA WIRTSCHAFT UND ENERGIE	38
BFA FINANZEN, STEUERN UND HAUSHALT	39
BFA ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT	40
BFA ARBEIT UND SOZIALES	41
BFA GESUNDHEIT	44
BFA JUSTIZ, INNEN, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ	45

BFA BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	47
BFA UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT	48
BFA MEDIEN, INTERNET UND DIGITALE AGENDA	49
BFA FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND	51
BFA VERKEHR	52
BFA KULTUR	54
BFA KIRCHEN, RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSGEMEINSCHAFTEN	55
BFA SPORT	56
KOMMISSION FREIHEIT UND ETHIK	58
ARBEITSGRUPPE PARTEIENTWICKLUNG	59

03 LIBERALES VORFELD	60
BUNDESVERBAND JUNGE LIBERALE	62
BUNDESVERBAND LIBERALER MITTELSTAND	64
BUNDESVERBAND LIBERALE FRAUEN	65
LIBERALE SENIOREN	66
BUNDESVERBAND LIBERALE HOCHSCHULGRUPPEN	67
BUNDESVERBAND LIBERALER KOMMUNALPOLITIKER	70
BUNDESVEREINIGUNG LIBERALE SCHWULE UND LESBEN	71

04 STATISTIK	72
MITGLIEDER	72
GREMIEN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI	74
MITGLIEDERENTWICKLUNG IM BERICHTSZEITRAUM	76
MANDATSTRÄGER DER FREIEN DEMOKRATEN	77
ORGANISATIONSPLAN DER FDP-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE	78

BUNDESPARTEI UND BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE



3/2013 – 11/2013 12/2013 – 12/2014 1/2015 – 5/2015

Der **64. Ordentliche Bundesparteitag** findet am 9. und 10. März 2013 in Berlin statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen zu Präsidium und Bundesvorstand. Noch im selben Jahr veranstaltet die FDP einen **außerordentlichen Bundesparteitag** am 4. und 5. Mai 2013 in Nürnberg. Satzungsänderungsanträge und das Bundestagswahlprogramm stehen hier im Fokus der Beratungen.

In Zusammenarbeit mit der Agentur Reinsclassen und ihren Dienstleistern organisiert die Bundesgeschäftsstelle die **Wahlkampagne zur Bundestagswahl 2013**. Sie stellt die Versorgung der Partei mit Werbemitteln sicher und bereitet gemeinsam mit den Landesverbänden große Veranstaltungen vor. Die Geschäftsstelle unterstützt zudem die Kandidaten und Gliederungen mit Informationen und Handreichungen für den Wahlkampf vor Ort.

Nachdem die FDP bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013 noch ein Wahlergebnis von 9,9 Prozent erreicht, gehen im September die Landtagswahl in Bayern mit 3,3 Prozent und eine Woche später die Bundestagswahl mit 4,8 Prozent Stimmenanteil verloren. Das Ergebnis von fünf Prozent bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Hessen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Jahr 2013 eine historische Niederlage und eine Zäsur in der Geschichte der FDP bedeutet. Präsidium und Bundesvorstand treten zum Ende des Jahres zurück. Die FDP-Bundestagsfraktion wird seitdem liquidiert.



Thomas-Dehler-Haus

03/2013 – 12/2013

Bundesvorstand 03/2013 bis 12/2013

Im Berichtszeitraum tritt das Präsidium zu 50 Sitzungen zusammen. Das Präsidium tagt in aller Regel alle zwei Wochen montags im Präsidiumszimmer des Thomas-Dehler-Hauses. Der Bundesvorstand tritt zu 24 Sitzungen zusammen.

Dem Bundesvorstand gehören an:

Präsidium

Walter Scheel, *Ehrevorsitzender*
Hans-Dietrich Genscher, *Ehrevorsitzender*

Dr. Philipp Rösler, *Bundessvorsitzender*
Christian Lindner, *stellv. Bundessvorsitzender*
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, *stellv. Bundessvorsitzende*
Holger Zastrow, *stellv. Bundessvorsitzender*
Otto Fricke, *Bundesschatzmeister*
Patrick Döring, *Generalsekretär*
Jörg-Uwe Hahn, *Beisitzer*
Wolfgang Kubicki, *Beisitzer*
Birgit Homburger, *Beisitzer*
Rainer Brüderle, *Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion*
Alexander Graf Lambsdorff, *Vertreter der Europafraktion*

Dr. Hermann Otto Solms, *Vizepräsident des Deutschen Bundestages*
Jörg Paschedag, *Bundesgeschäftsführer*
Jörg van Essen, *Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion*
Dr. Wolfgang Gerhardt, *Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*
Walter Eschweiler, *Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters*

Bundesvorstand

Uwe Barth
Lasse Becker
Nicola Beer
Gregor Beyer
Dr. Stefan Birkner
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Rene Domke
Christian Dürr
Angela Freimuth
Dr. Heiner Garg
Thomas Hacker
Prof. Dr. Hauke Hilz
Dr. Heinrich Kolb
Dr. Martin Lindner
Michael Link
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Gesine Meißner
Jan Mücke
Cornelia Pieper
Gisela Piltz

Florian Rentsch
Mieke Senftleben
Dr. Joachim Stamp
Katja Suding
Linda Teuteberg
Michael Theurer
Florian Toncar
Johannes Vogel
Roland Werner
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff
Martin Zeil

Ständige Gäste

Rolf Berndt
Doris Buchholz
Wolfram Dette
Josephine Dietzsch
Thomas L. Kemmerich
Alexander Hahn
Manuel Höferlin (von 5/2013 bis 12/2013)
Detlef Parr
Markus Löning
Dr. Ellen Madeker

WER ABER
MENSCHEN
FÜR
FREIHEIT
BEGEISTERN
WILL, DER
MUSS SICH
ZUERST
EINMAL
SELBST
BEFREIEN.

CHRISTIAN LINDNER

12/2013 – 12/2014

Bundesvorstand 12/2013 bis 5/2015

Dem Bundesvorstand gehören an:

Präsidium

Walter Scheel, *Ehrevorsitzender*
Hans-Dietrich Genscher, *Ehrevorsitzender*

Christian Lindner, *Bundevorsitzender*
Wolfgang Kubicki, *stellv. Bundevorsitzender*
Uwe Barth, *stellv. Bundevorsitzender*
Marie-Agnes Strack-Zimmermann, *stellv. Bundevorsitzende*
Dr. Hermann Otto Solms, *Bundesschatzmeister*
Nicola Beer, *Generalsekretärin*
Michael Theurer, *Beisitzer*
Dr. Volker Wissing, *Beisitzer*
Katja Suding, *Beisitzerin*
Alexander Graf Lambsdorff, *Vertreter der Europafraktion*

Christian Dürr, *Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz*
Jörg Paschedag, *Bundesgeschäftsführer bis Mai 2014*
Marco Buschmann, *Bundesgeschäftsführer* (von 1/2014 bis 5/2014 als
politischer Geschäftsführer, ab 6/2014 als Bundesgeschäftsführer)
Wolfgang Gerhardt, *Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*
Walter Eschweiler, *Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters*

Bundesvorstand

Gregor Beyer (09/2014 bis 12/2014)
Dr. Stefan Birkner
Sylvia Canel (12/2013 bis 8/2014)
Rene Domke
Christian Dürr
Otto Fricke
Dr. Heinrich Garg
Alexander Hahn
Gabriele Heise
Prof. Dr. Hauke Hilz
Nadja Hirsch
Manuel Höferlin
Patrick Kurth
Michael Link
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gesine Meißner
Jan Mücke (von 12/2013 bis 6/2014)
Hans-Joachim Otto
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Alexander Pokorny
Dr. Andreas Reichel
Florian Rentsch
Dr. Stefan Ruppert
Daniela Schmitt
Jimmy Schulz
Mieke Senftleben

Dr. Joachim Stamp
Linda Teuteberg
Johannes Vogel
Hartfrid Wolff

Laut § 17 Abs. 1

Daniel Bahr
Dirk Niebel
Dr. Philipp Rösler
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dr. Guido Westerwelle

Ständige Gäste

Rolf Berndt (von 12/2013 bis 12/2014)
Axel Graf Bülow (seit 12/2014)
Julia Buschhorn (von 2/2014 bis 2/2015)
Wolfram Dette
Josephine Dietzsch (von 12/2013 bis 2/2014)
Albert Duin (seit 5/2014)
Konrad Greilich
Franka Hitzing (seit 12/2014)
Sascha Lucas (seit 2/2015)
Thomas L. Kemmerich
Konstantin Kuhle (seit 3/2014)
Detlef Parr
Markus Löning
Dr. Ellen Madeker
Steffen Saebisch (seit 12/2014)
Alexandra Thein (seit 5/2014)
Holger Zastrow (seit 5/2014)
Frank Sitta (seit 05/2015)

2013



3/2013 – 11/2013 12/2013 – 12/2014 1/2015 – 5/2015

DER SINN VON POLITIK IST FREIHEIT.

KARIN KREJCI

Der **Außerordentliche Bundesparteitag** am 7. und 8. Dezember 2013 in Berlin wählt eine neue Parteispitze.

Auf dem **Europaparteitag** am 19. Januar 2014 in Bonn stellt die FDP die Kandidaten zur Europawahl auf und verabschiedet das Europawahlprogramm. Auf dem **65. Ordentlichen Bundesparteitag** am 10. und 11. Mai 2014 in Dresden werden Satzungsänderungen beraten und ein Wahlauftrag zur Europawahl sowie ein Arbeitsprogramm zur „Mitmachpartei FDP“ beschlossen.

Mit dem Spitzenkandidaten Alexander Graf Lambsdorff erreicht die FDP 3,4 Prozent und ist **mit drei Abgeordneten im Europäischen Parlament** vertreten. Mit der Liberalen Fraktion (ALDE) stellen sie die viertstärkste Fraktion im EP.

Bei den **Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen** verpasst die FDP die Fünfprozenthürde und ist nicht mehr in den Landtagen vertreten.

Mit dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag beginnen im Thomas-Dehler-Haus **Umstrukturierungs- und Einsparungsmaßnahmen**. Aufgrund befristeter Arbeitsverhältnisse, frühzeitiger Übergänge in den Ruhestand, erfolgreicher Vermittlungsbemühungen in neue Arbeitsverhältnisse, einvernehmlicher Auflösungen und Kündigungen aus betriebsbedingtem Anlass wird der Finanzhaushalt entlastet. Die Mitarbeiterzahl reduziert sich von 45 auf 23.

Zur Unterstützung der Arbeitsfähigkeit der verkleinerten Bundesgeschäftsstelle erfolgt die **innerparteiliche Kommunikation** noch stärker als bisher auf elektronischem Wege. Die elde erscheint ab 2014 quartalsweise, überwiegend digital und in einem verbesserten Look. Eine elde-App wird bereits 2013 eingeführt. Die Bundesfachausschüsse organisieren ihre Abläufe fast ausschließlich über die liberale Kommunikationsplattform meine-freiheit.de.



Die FDP demonstriert vor dem Brandenburger Tor gegen das schwarz-rote Rentenpaket

Knapp zwei Jahre nach dem Start erhält **meine-freiheit.de** ein neues und zeitgemäßes Gewand. Die liberale Arbeitsplattform geht bereits im Dezember 2012 online und erfüllt drei Aufgaben: sie ist Intranet, Diskussions- und Arbeitsplattform. Im internen Bereich gibt es eine umfangreiche Beschlussdatenbank, Vorlagen, Grafiken und Dokumente. Gliederungen können ihre Arbeit über eigene Gruppen organisieren, Anträge erarbeiten, Dokumente ablegen und Termine planen.

Wie **meine-freiheit.de** wird auch **FDP.de grundlegend überarbeitet** und beide Seiten stärker miteinander verzahnt – im Sinne des Dialogs mit den Mitgliedern und Interessierten. Das Nutzerverhalten der bisherigen Seiten hat den Ausschlag gegeben: Personen, Programme und Beschlüsse rücken in den Vordergrund und sind mit maximal zwei Klicks schneller und leichter auffindbar. Weniger nachgefragte Inhalte werden überarbeitet oder schlicht entfernt. Gleichmaßen

präsentiert sich das neue Design: Es ist schlanker und ansprechender. Auch technisch sind FDP.de und meine-freiheit.de wieder auf dem neuesten Stand: Die Seiten sind nicht nur für den Browser, sondern auch für mobile Endgeräte optimiert. Auch sind die Seiten barrierefrei.

Die FDP beweist sich im Jahr 2014 als **außerparlamentarische Opposition**. So protestieren am 26. Mai 2014 FDP und Junge Liberale unter dem Motto „**Enkel fitte Rente statt teurer Wahlgeschenke**“ gegen die zeitgleich stattfindende Verabschiedung des schwarz-roten Rentenpakets. In einer aufsehenerregenden Aktion vor dem Brandenburger Tor schmilt als Vertreter der Großen Koalition verkleidet eine übergroße Eiswand mit der Aufschrift Generationenvertrag. Bilder von dieser Maßnahme schaffen es bis in die Tagesschau.

Im Herbst starten die Freien Demokraten eine **Herbstkampagne** für

↳ wirtschaftliche Vernunft, für die das Thomas-Dehler-Haus „Kampagnenbausteine für mehr wirtschaftliche Vernunft“ zusammenstellt und eine Faltbroschüre entwirft. Mit den Ideen kann jedes Mitglied in seinem persönlichen Umfeld und jeder Kreisverband aktiv werden, um der Kampagne vor Ort eine Stimme zu verleihen. Der Bundesvorstand beschließt zehn Vorschläge für ein **Sofortprogramm gegen den drohenden Abschwung**.

Die Mitglieder von Präsidium und Bundesvorstand halten regelmäßig Kontakt zu **Verbänden, Unternehmen und Netzwerken**. Etabliert hat sich das politische Frühstück mit Vertretern von Verbänden, zu dem die FDP nach der Europawahl, nach dem Wahlausgang in Griechenland und nach der Wahl in Hamburg ins Thomas-Dehler-Haus eingeladen hat. Seit Oktober 2013 bietet das **Netzwerk 2017** vielen ehemaligen Mitarbeitern und Abgeordneten der Bundestagsfraktion, aus den Ministerien und anderen Institutionen einen Ort zum Austausch – bereits zu fünf Treffen haben Generalsekretärin und Bundesgeschäftsführer eingeladen.

Die wichtigste Aufgabe der Freien Demokraten im Berichtszeitraum ist der Strategieprozess. Die neu gewählten Führungsgremien unter der Leitung des Bundesvorsitzenden Christian Lind-

ner sind sich einig, dass **fundierte und faktenbasierte Aufarbeitung, sorgfältige Strategieentwicklung und partizipative Einbindung der Mitglieder** notwendige Bedingungen für den Wiederaufstieg der FDP sind. Allen Beteiligten ist klar, dass ein solcher Prozess Zeit erfordert. Das Präsidium stellt sich dieser Aufgabe in mehreren **Workshops** im Jahr 2014 auch unter Einbindung externen Sachverständigen. Über Online-Maßnahmen bringen sich fast 14.000 Mitglieder mit eigenen Beiträgen in die Strategieentwicklung ein.

Auf der **Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt** am 23. Februar 2014 legt die politische Führung den über 100 Teilnehmern erstes Datenmaterial zu Aufgaben, Profil und Kompetenzwerten der FDP dar. Der Bundesvorstand berät in einer Klausurtagung am 6. und 7. Juli 2014 die Zwischenergebnisse und billigt einen darauf basierenden **Leitbildentwurf** des Präsidiums. Dieser wird bis Ende des Jahres 2014 in über 300 Veranstaltungen und einer Online-Werkstatt von den Mitgliedern diskutiert. Mehr als 100 **Leitbildbotschafter** aus den Landesverbänden, die das TDH geschult hat, stellen den Mitgliedern den Entwurf vor und dokumentieren die Debattergebnisse. Die Veranstaltungen sind durchweg gut besucht. Alleine an den Strategieforen in Bonn, Ulm, Magdeburg und Bremen nehmen mehr als 1.200



Auf einem Freiheitskonvent diskutierten rund 250 Mitglieder konkrete politische Forderungen.

Mitglieder teil. Insgesamt beteiligen sich über 15.000 Mitglieder.

Auf einem **Freiheitskonvent** am 30. November diskutieren rund 250 Mitglieder mit Experten und dem Präsidium in fünf Werkstätten konkrete politische Forderungen, die sich aus dem Leitbildentwurf ergeben.

Präsidium und Bundesvorstand beraten in mehreren Sitzungen über die Rückmeldungen aus den Leitbildveranstaltungen und beschließen einen entsprechend überarbeiteten Entwurf. Wesentliche Ergebnisse sind: Die FDP ist die Partei, die sich

für **mehr Chancen durch mehr Freiheit** einsetzt. Klare Fortschrittsorientierung, kompromissloser Einsatz für größtmögliche Selbstbestimmung und verantwortungsvolle Spielregeln statt punktgenauer Gängelung des täglichen Lebens sind die Fixpunkte für die Arbeit der FDP. Zentrale Säulen für die FDP sind liberaler Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft.

Die **Konkretisierung des Leitbildes** erfolgt mit den Mitgliedern gemeinsam bis zum Bundesparteitag vom 15. bis 17. Mai 2015 insbesondere mit dem Ziel, Konzepte für die weltbeste Bildung für jeden, das Vor-

ankommen durch eigene Leistung, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen, Freiheit und Menschenrechte weltweit, Politik, die rechnen kann, sowie einen unkomplizierten Staat zu entwickeln.

Präsidium und Bundesvorstand sind sich einig, dass die inhaltliche Profilschärfung und transparente Neuausrichtung der FDP auch nach außen intuitiv erkennbar durch einen werblichen Neuauftritt dokumentiert werden muss. Die FDP entscheidet sich zur Umsetzung dieser Aufgabe für die **Berliner Werbeagentur HEIMAT**.



Was macht die FDP in ihrem Kern aus? Dieser und anderen Fragen ist die Partei nachgegangen. Entstanden ist das Leitbild der Freien Demokraten

2015



3/2013 – 11/2013 12/2013 – 12/2014 1/2015 – 5/2015

Auf der Dreikönigskundgebung in der Stuttgarter Staatsoper am 6. Januar 2015 stellt Christian Lindner den neuen Auftritt der FDP vor.

Im Mittelpunkt dieses Auftritts steht:

- » Wir wollen unseren zentralen Wert der Freiheit nicht hinter einer Abkürzung verstecken, sondern klar sagen, wofür wir stehen.
- » Wir sind auch weiterhin blau-gelb, aber künftig bunter. Die FDP unterstreicht damit, dass sie für Vielfalt, Wettbewerb und Individualität steht.
- » Wir wollen als engagierte Individuen nicht in einer anonymen Organisation aufgehen, sondern den Menschen die Freien Demokraten zeigen und so ein individuelles Bekenntnis für das abgeben, wofür wir uns einsetzen.
- » Wir wollen uns für Menschen einsetzen, die jeden Tag 100 Prozent geben. Und deshalb treten wir mit 100 Prozent Blau, Gelb und Magenta in der CMYK-Farbskala als Kern unseres neuen Farbklimas an.
- » Wir sind nicht abgeschliffen, sondern haben Charakter – und notfalls ecken wir damit eben auch an.

Kurz: Mit dem neuen Auftritt sagen wir, wer wir sind und wofür wir stehen.

WIR SIND FREIE DEMOKRATEN – FDP!



Auf der Dreikönigskundgebung in der Stuttgarter Staatsoper am 6. Januar 2015

Werbemittel in der neuen Linie stehen im Werbemittelshop der Freien Demokraten für die Untergliederungen zur Verfügung: Broschüren mit der Rede von Christian Lindner, Plakate und Flyer für die Mitgliedergewinnung, Briefbögen, Aufnahmeanträge, Visiten-

Bremen. Bereits im Dezember 2013 gestaltet die Bundespartei den traditionellen Journalisten-Advent als **Hamburgabend**. Die Spitzenkandidatin Katja Suding stellt ein provokantes erstes Motiv vor: „Unser Mann für Hamburg“ sorgt für Gesprächs-



Aktionstag der FDP Bremen mit bundesweiter Unterstützung

karten und mehr können dort bestellt werden.

Bei den **Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft** erproben die Freien Demokraten erstmalig ihre neue Strategie und ihren neuen werblichen Auftritt in einem Wahlkampf. Die Hamburger Freien Demokraten erreichen 7,4 Prozent der Wählerstimmen und legen damit um 30.000 auf fast 260.000 Stimmen zu. In Bremen erreicht die FDP am 10. Mai 2015 6,8 Prozent der Wählerstimmen.

Die **Bürgerschaftswahlen** in Hamburg und in **Bremen** sind **Projekte der Gesamtpartei**. Das TDH unterstützt mit eigenen Mitarbeitern und Dienstleistern die Durchführung des Wahlkampfes. Freie Demokraten aus allen Bundesländern reisen zu Aktionstagen nach Hamburg und Bremen. Mit einer zentralen Aktion und einer Flyerverteilaktion unterstützt die gesamte Partei die Wahlkämpfe in Hamburg und

stoff und ein gewaltiges Medienecho. Auf einen Zwischenruf von Volker Münchow (SPD) in einer Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag verteidigt Christian Lindner mit einem **Wutausbruch** den **Unternehmergeist**. Das Video der Rede sorgt für Aufsehen im Internet. Der Bundesvorstand legt Ideen für eine neue Gründerkultur in Deutschland vor.

Über die Einführung einer befristeten Sonderumlage der Gliederungen zur Finanzierung einer einheitlichen Wahlkampfführung bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 informieren und diskutieren Christian Lindner und Dr. Hermann Otto Solms in einer Reihe von **Informationsveranstaltungen zur Sonderumlage** mit den Delegierten, Kreisvorsitzenden und Kreisschatzmeistern der Partei. Die Bundestagswahl wird nicht aus dieser Sonderumlage, sondern durch die Bundespartei selbst finanziert.

Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: Thomas Taeglichbeck

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesvorstände, die Landesschiedsgerichte und die Landessatzungsausschüsse bei Rechtsfragen zu beraten, insbesondere wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder ob Landessatzungsregelungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang begleitete der Bundessatzungsausschuss intensiv die Arbeit der AG Parteientwicklung und wirkte maßgeblich bei der Fassung der Änderungsvorschläge zum Mitgliederentscheid mit. Außerdem hatte er sich u. a. mit der Verlegung des ordentlichen Bundesparteitages zu befassen, die als zulässig angesehen wurde, sowie mit der Frage, wer für Änderungsanträge zu Satzungsänderungsanträgen antragsberechtigt ist.

Schließlich stellte der Bundessatzungsausschuss fest, dass bei einem vorzeitigen Rücktritt eines Vorstandes dessen Entlastung keine rechtliche Vorbedingung für die satzungsgemäße Neu- oder Nachwahl des Vorstandes ist. Weitere Themen waren die Dauer der Amtszeit von Delegierten sowie Kandidaturen von FDP-Mitgliedern auf Listen kommunaler Wählervereinigungen.

Zu den regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben des Bundessatzungsausschusses gehört die Stellungnahme zu Anträgen auf Änderung der Bundessatzung und die Begründung seines Votums im Bundesvorstand und auf dem Bundesparteitag.

Mitglieder des Bundessatzungsausschuss

Thomas Taeglichbeck, *Vorsitzender*

Bodo Chemnitz, *Stellvertreter*

Mitglieder

Andreas Knapp

Dr. Michael Ruoff

Thomas Ruska

Rolf Hermann Lühr

Dr. Arvid Siebert

Joachim Helm

Hans-Otto Kneip

Joachim Heilborn

Torsten Könker

Helmut von Richter

Carsten Biesok

Michael Reichelt

Wilfred Knop

Paul Gellner

Vertreter

Prof. Dr. Christian Ludwig Stangl

Heinz-Jürgen Schmidt

Norbert Gutheins

Benjamin Schwanke

Roland Kirchner

Werner Schork

Patrick Arora

Christoph Dammermann

Richard Patzke

Ulf Huppert

Martin Treeck

Detlef Zschiegner

Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz: Corinna Werwig-Hertneck

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 64. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin, dem a.o. Bundesparteitag in Nürnberg, dem a.o. Bundesparteitag in Berlin, dem Europaparteitag in Bonn sowie dem 65. Ordentlichen Bundesparteitag in Dresden vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

Corinna Werwig-Hertneck, *Vorsitzende*

Bodo Chemnitz, *Mitglied*

Ernst Eggers, *Mitglied*

Gregor Beyer, *Mitglied*

Thomas Hahn, *Mitglied*

Miriam Gruß, *Stellvertretendes Mitglied*

Roland Eibold, *Stellvertretendes Mitglied*

Gabriele Molitor, *Stellvertretendes Mitglied*

Friedrich Ohnesorge, *Stellvertretendes Mitglied*

Michael Reichelt, *Stellvertretendes Mitglied*

Bundesschiedsgericht

Präsidentin: Mechthild Dyckmans

Beim Bundesschiedsgericht kam es im Berichtszeitraum zum Stabwechsel: Nach 40-jähriger Mitgliedschaft in dem Gremium – davon 15 Jahre als Präsident – schied Dr. Peter Lindemann zum 31. Dezember 2013 aus dem Amt. Gleiches gilt für Dr. Gerhard Wolf, der seit 1998 Mitglied des obersten Parteigerichts der FDP war, elf Jahre als Stellvertreter des Präsidenten. Nachfolgerin im Präsidentenamt ist seit 1. Januar 2014 Mechthild Dyckmans.

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum hatte das Bundesschiedsgericht über 15 Beschwerden zu entscheiden. Acht Verfahren konnten bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts (April 2015) abgeschlossen werden, sieben Verfahren sind noch anhängig. Sechs Beschwerdeverfahren kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, fünf Verfahren aus dem Landesverband Niedersachsen, drei aus dem Landesverband Berlin und ein Verfahren aus dem Landesverband Bayern.

Mitglieder des Bundesschiedsgericht

Mechthild Dyckmans, *Präsidentin*

Hermann Freese, *Stellvertreter*

Mitglieder

Wolf-Dieter Keller, *Beisitzer*

Bernhard Nüsch, *Beisitzer*

Joachim Moritz, *Beisitzer*

Dr. Bernd Martin Groh, *stellvertretende Beisitzer*

Hinrich Budelmann, *stellvertretende Beisitzer*

Michael Reichelt, *stellvertretende Beisitzer*

Helmut Seipel, *stellvertretende Beisitzer*

Rolf Hermann Löhr, *stellvertretende Beisitzer*

Dr. Rudolph Brosig, *stellvertretende Beisitzer*

Die Amtszeit des auf dem a.o. Bundesparteitag am 4./5. Mai 2013 gewählten Bundesschiedsgerichts endet am 31. Dezember 2017.

Gegenstand der Beschwerden waren u. a. Anfechtungen von Wahlen und Beschlüssen, Parteiordnungsverfahren, die Auslegung von Beschlüssen betreffend Überweisungen von Finanzmitteln innerhalb der Partei sowie Streitigkeiten zwischen Gliederungen um die Beitrags-hoheit. Wegen der unterbliebenen Neuwahl eines Landesschiedsgerichts war ferner in vier Verfahren ein zuständiges Gericht zu bestimmen und mit der weiteren Bearbeitung und Entscheidung zu beauftragen.

Zudem oblag dem Bundesschiedsgericht in 18 Fällen die Entscheidung über die Ablehnung von Schiedsrichtern eines Landesschiedsgerichts wegen Besorgnis der Befangenheit, weil an dem zuständigen Landesschiedsgericht keine ordnungsgemäße Besetzung mehr möglich war.

Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Mitglied kraft Amtes und zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters Dr. Hermann Otto Solms am 10. Februar 2014 und 19. Januar 2015. Gegenstand der Beratungen waren die finanziellen Auswirkungen der Bundestagswahl 2013 mit Blick auf die staatliche Parteienfinanzierung, der Haushaltsvollzug bzw. die Haushaltsentwicklung 2014 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2015–2017.

Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren Rainer Brüderle, Otto Fricke, Dr. Klaus von Lindeiner, Michael Link, Jan Mücke, Dirk Pfeil und Marion Vogdt.

Kommunalpolitischer Beirat

Der Bundesvorstand und der Kommunalpolitische Beirat der VLK tagten mehrfach in Berlin, Bonn, Erfurt, Dresden und Potsdam. Dabei befassten sich beide Gremien mit den elf Kommunalwahlen im Jahr 2014, der Entwicklung der Landesvereinigungen, der Optimierung der Arbeit der VLK auf Bundesebene und anderen aktuellen Fragen. Am 12. April 2014 fand im Thomas-Dehler-Haus ein kommunalpolitischer Kongress zur Begleitung der Kommunalwahlen statt.

Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen folgende größere Veranstaltungen der Bundespartei statt:

- | | |
|---|--|
| » 1. Mai 2013
Tag der Arbeit und FDP-Neumitgliedertreffen in Berlin | » 28. September 2014
Strategiekonferenz mit den Kreisvorsitzenden in Berlin |
| » 9. September bis 20. September 2013
Zwanzig Zentrale Großveranstaltungen zur Bundestagswahl | » 25./26. Oktober 2014
Strategieforen in Bonn, Ulm |
| » 6. Januar 2014
Dreikönigstreffen in Stuttgart | » 1./2. November 2014
Strategieforen in Bremen und Magdeburg |
| » 23. Februar 2014
Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt | » 4. November 2014
Werkstattgespräch „Innovationen im Gesundheitsbereich: Mehr Chancen ermöglichen“ im TDH |
| » 5. März 2014
Politischer Aschermittwoch in Dingolfing | » 30. November 2014
Freiheitskonvent im TDH |
| » 12. April 2014
Kommunalpolitische Konferenz in Berlin | » 8. Dezember 2014
Hamburg-Abend im TDH |
| » 24. März 2014
Diskussionsveranstaltung
„Europa: Raum digitaler Selbstbehauptung?“ im TDH | » 6. Januar 2015
Dreikönigstreffen in Stuttgart |
| » 1. Mai 2014
FDP-Neumitgliedertreffen in Berlin | » 15. Februar 2015
Wahlabend zur Bürgerschaftswahl Hamburg im TDH |
| » 23. Mai 2014
Demonstration gegen das Rentenpaket vor dem Brandenburger Tor | » 18. Februar 2015
Politischer Aschermittwoch in Dingolfing |
| » 31. August 2014
Wahlabend zur Landtagswahl Sachsen im TDH | » 28. Februar 2015 in Magdeburg, 14. März 2015 in Bremen, 22. März 2015 in Ulm, 28. März 2015 in Berlin, 18. April 2015 in Gießen, 18. April 2015 in Siegburg
Informationsveranstaltungen zur Sonderumlage |
| » 14. September 2014
Wahlabend zu den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg im TDH | » 10. Mai 2015
Wahlabend zur Bürgerschaftswahl Bremen im TDH |

Sitzung der Hauptgeschäftsführer

Die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände tagen unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers regelmäßig gemeinsam mit den Jungen Liberalen und den externen Dienstleistern. In der Regel trifft sich die Runde bis zu vier Mal im Jahr. Schwerpunkte der Sitzungen sind die Vorbereitung, Abstimmung und Nachbereitung zu den Wahlkämpfen, der allgemeine Informationsaustausch, aber auch die Fortbildung, so etwa durch eine Schulung zum Thema Bildrechte.

Liberale Internationale

Der politische Liberalismus lebt nicht nur, sondern seine Botschaft von Freiheit und Verantwortung, von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Chancengerechtigkeit entfaltet weltweit große Attraktivität. Denn nicht anders ist das stetige Wachstum der liberalen Weltfamilie zu verstehen. Liberale Internationale, der von deutscher Seite neben der FDP die Deutsche Gruppe der LI (DGLI) und die Friedrich-Naumann-Stiftung FÜR DIE FREIHEIT (FNF) angehören, vereint unter ihrem Dach mittlerweile mehr als 100 Mitglieder und Partnerorganisationen – Tendenz weiter steigend. Dabei ist besonders das starke Wachstum in Afrika, Asien und Lateinamerika hervorzuheben, das den seit der Gründung der LI im Jahr 1947 bis anhin vorherrschenden Eurozentrismus der Organisation abschwächt. Ausdruck dieser Multipolarität ist auch die von deutschen Liberalen angestoßene Wahl der südafrikanischen Oppositionsführerin und Premierministerin der wichtigen Provinz Westkap, Helen Zille, die als Deputy President auf dem letzten Rotterdamer LI-Kongress in das Präsidium gewählt wurde. Nach den internen Gepflogenheiten wird die Vorsitzende der Democratic Alliance – als erste Nicht-Europäerin – damit die nächste LI-Präsidentin, die im Übrigen als Großnichte des Berliner Milieumalers Heinrich Zille eine starke persönliche Beziehung zu Deutschland hat.

Nach drei Amtsperioden erfolgte auf dem 59. LI-Kongress am 24./27. April 2014 in Rotterdam der Stabwechsel in der Präsidentschaft von unserem holländischen Freund Hans van Baalen VVD/MdEP zu dem früheren andorranischen Außenminister Dr. Juli Minoves Triquell, der in den Mittelpunkt seiner Amtstätigkeit die vertiefte Diskussion über Stellung und politische Herausforderungen des Liberalismus im 21. Jahrhundert stellt. Dem dient eine bereits in diesem Frühjahr begonnene Konferenzserie, deren Ergebnisse die Diskussionen auf dem nächsten LI-Kongress Ende Oktober in Mexico City beherrschen wird und die 70 Jahre nach dem Oxforder Manifest 2017 zu einer neuen Grundsatzklärung der Liberale Internationale führen soll. Als Reverenz gegenüber den Niederlanden als einer Nation von Freihändlern und zugleich dem Genius loci der bedeutenden Hafenstadt gerecht werdend, beschäftigten sich die Delegierten dort vor allem mit den Möglichkeiten zur Verbesserung des Welthandels und den daraus erwachsenden wirtschaftlichen ↘

- ↳ Chancen sowie mit der globalen Kernfrage, wie aus liberaler Sicht ein neuer weltweiter Klimaordnungsrahmen beschaffen sein sollte.



Hans van Baalen, Präsident der Liberal International (LI), auf dem 59. LI-Kongress in Rotterdam

Zwischen den LI-Kongressen in Abidjan und Rotterdam tagte das Exekutivkomitee nur einmal in der alten guatemaltekkischen Hauptstadt Antigua, der vormaligen Hauptstadt der spanischen Kolonien in Zentralamerika, das heute wegen seiner einzigartigen barocken Kolonialarchitektur zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt. Im Zentrum der Verhandlungen standen dort im Herbst 2013 mit „Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens“ und „Neue Initiativen im Krieg gegen Drogen“ zwei eminent wichtige Themen der nationalen inneren Sicherheit in einer globalisierten Welt sowie menschenrechtliche Fragen. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass der frühere FDP-Bundesabgeordnete und Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, den Vorsitz des hochangesehenen LI Human Rights Committee übernommen hat, das als einzige vergleichbare parteipolitische Organisation die Anerkennung der Vereinten Nationen hat. Im Berichtszeitraum ging im Jahr 2013 der Prize for Freedom der LI an den ehemaligen freisinnigen Schweizer Ständerat und Abgeordneten im Europarat Dick Marty für seine beharrliche Untersuchung der geheimen CIA-Gefängnisse in der Europäischen Union; in 2014 wurde auf Vorschlag der DGLI die somalische Menschenrechtsaktivistin Waris Dirie für ihren Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung ausgezeichnet, für die bei der Preisübergabe am 29. Januar 2015 im britischen Oberhaus die ehemalige menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Marina Schuster, die Laudatio hielt.

Beschlossene Resolutionen können unter www.liberal-international.org abgerufen werden.

ALDE (Partei)

Die Liberalen sind in der europäischen Politik weiterhin ein nicht zu unterschätzender Faktor – trotz des für sie sehr durchwachsenen und enttäuschenden Ausgangs der Europawahlen am 25. Mai 2014: Sie stellen in der Europäischen Union (EU) eine Reihe der Regierungschefs, darunter alle Premierminister der zu den EU-Gründungsmitgliedern zählenden Benelux-Staaten; dadurch finden liberale Anliegen im Kreis der Staats- und Regierungschefs Gehör. Innerhalb der am 1. November 2014 angetretenen neuen Kommission, dem „Motor der Europäischen Union“, führen fünf aus der liberalen Familie kommende Kommissare wichtige und für die Kommissionspolitik einflussreiche Portfolios (z. B. die Geschäftsbereiche Handel und Wettbewerb).

Allerdings konnte das Ende November 2013 in London verabschiedete, mit nur acht Seiten konzise, reformorientierte Europawahlprogramm unter dem Motto „A Europe that works“ die Erwartungen nicht erfüllen, die die Liberalen bei der Wahlauseinandersetzung darauf gesetzt hatten: Ihr Ansatz für ein „besseres Europa“, das sich für eine marktwirtschaftliche, transparente, bürgernahe und innovative Union ausspricht, die durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ihrer Verantwortung in der Welt gerecht wird, verfiel bei dem durch die Währungsturbulenzen verstärkten Euro(pa)skeptizismus nicht in dem erhofften Maß. Auch drangen die als Doppelspitze auf dem ALDE-Wahlkonvent am 1. Februar 2014 in Brüssel bestimmten beiden Spitzenkandidaten Olli Rehn und Guy Verhofstadt in dem medialen Hype zwischen den beiden Konkurrenten aus den „großen Volksparteien“, Jean-Claude Juncker und Martin Schulz, nicht hinreichend durch. Das Ergebnis ist bekannt: Durch den Absturz in der Wählergunst in Deutschland, Großbritannien (wo ALDE-Parteipräsident Sir Graham Watson trotz des landesweit besten Stimmenergebnisses für die Liberalen knapp den Wiedereinzug ins EP verpasste) und Italien sowie durch den Wechsel der rumänischen PNL von der ALDE-Partei zur Europäischen Volkspartei fiel die ALDE-Fraktion im neuen Europäischen Parlament hinter die Europäischen Konservativen und Reformisten auf den undankbaren vierten Rang zurück. Umso bemerkenswerter ist daher, dass es trotz dieser schwierigen Ausgangslage der ALDE gelang, durch strategisch geschicktes Handeln weiter zu den wesentlichen Playern im EP zu gehören, der eine wichtige Rolle bei der Mehrheitsbildung zukommt.

Ganz im Sinne des eigenen Anspruchs, die Zukunft Europas maßgeblich mitgestalten zu wollen, richtete der letzte ALDE-Kongress in Lissabon den Blick nach vorn, fokussierte sich auf die politische Situation nach der Europawahl und die Agenda der kommenden fünf Jahre. Er diskutierte in verschiedenen Workshops und im Plenum sehr intensiv neue Wege, unsere gemeinsamen liberalen Vorstellungen, Ideen und Werte – jenseits unterschiedlicher Herangehensweisen und ideologischer Nuancen – im politischen Diskurs des 21. Jahrhunderts Nachbeachtung zu verschaffen. Diese Fragen werden neben aktuellen Herausforderungen wie dem fortdauernden Konflikt mit Russland wegen seiner völkerrechtswidrigen Interventionen in der Ukraine, der ungelösten Finanzkrise in Griechenland, der drängenden Flüchtlingsproblematik und den kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten auch im Zentrum des bevorstehenden ALDE-Rats am 8./9. Mai in Oslo stehen, wenn in ihm über die Zukunftsaussichten eines liberalen Europas gerade nach den Parlamentswahlen in Finnland und Großbritannien debattiert wird.

Beschlossene Resolutionen können unter www.aldeparty.eu abgerufen werden.

ALDE (Fraktion)

Vorsitz der deutschen Gruppe: **Alexander Graf Lambsdorff**



Die Delegierten der FDP im Europaparlament: Alexander Graf Lambsdorff, Gesine Meißner und Michael Theurer (von links)

Die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) ist mit aktuell 68 Mitgliedern viertstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Die Fraktion hat bei der letzten Europawahl vor allem in den bevölkerungsreichen Staaten der EU, wie Großbritannien, Italien und Deutschland Verluste hinnehmen müssen. Gleichzeitig ist es aber gelungen, neue Parteien in die Fraktion aufzunehmen, darunter Mitglieder aus der Tschechischen Republik, Spanien und Österreich.

Die Delegation der FDP besteht aus drei Abgeordneten unter dem Vorsitz von Alexander Graf Lambsdorff. Deutsche Liberale haben auch in dieser Legislaturperiode wichtige Aufgaben übernommen: Michael Theurer ist Vorsitzender der De-

legation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland und Co-Berichterstatter im Sonderausschuss zur Aufarbeitung der Steueraffäre „Luxleaks“. Außerdem ist er Obmann der Fraktion für den Haushaltskontrollausschuss. Gesine Meißner ist Obfrau der Fraktion im Verkehrsausschuss und Vizepräsidentin der Europäischen Liberalen Frauen. Alexander Graf Lambsdorff amtiert seit 2014 als Vizepräsident des Europäischen Parlaments. In seiner Funktion als Vizepräsident ist er zuständig für Demokratie und Menschenrechte sowie die Beziehung zu den Unternehmensverbänden.

Der Beginn der Legislaturperiode war vor allem von der Neuwahl der Europäischen Kommission geprägt. Die FDP

hat der Kommission nicht zugestimmt. Auch wenn die Brüsseler Behörde jetzt besser aufgestellt ist und fünf Liberale wichtige Ressorts bekommen haben – auf dem zentralen Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik stimmte die Ausrichtung der neuen Kommission nicht. Chancen statt Schulden – das war unsere Forderung im Wahlkampf, dieser Leitidee bleibt die FDP treu. Die FDP im EP wird sich in dieser Legislaturperiode deshalb auf unsere Kernanliegen konzentrieren: für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, für Freihandel und einen starken Mittelstand, für die Verteidigung der Bürgerrechte, für Offenheit und Toleranz.

FDP LV Net

Vorsitz: **Manuel Höferlin**

Der FDP LV Net wurde im Jahr 2000 aufgrund eines Beschlusses des Bundesparteitages gegründet. Er ist als „Internet-Landesverband“ für diejenigen ein Zugang zu den Freien Demokraten, die sich im Ausland aufhalten oder nicht örtlich gebunden sind und dennoch an der Willensbildung der Partei mitwirken wollen. Neben bundesunmittelbaren Mitgliedern und Mitgliedern im Ausland engagieren sich Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlichen Arbeitszeiten oder anderen persönlichen Gründen orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit beteiligen wollen und es sonst nicht könnten.

Die Mitgliederzahl des FDP LV Net liegt bei etwa 600. Vorsitzender ist seit 2010 Manuel Höferlin. Weitere Vorstandsmitglieder sind Gregor von Rosen und Matthias Steppuhn als Stellvertreter, Ralf van Doorn als Datenschutzmeister und John Endres als Schatzmeister.

Seit Mitte 2010 ist der Verband in der Lage, konventionelle Parteitage vollständig digital im Netz abzubilden und die eigenen Versammlungen exakt in dieser Form abzuhalten. Dies geschieht einmal im Jahr, der Parteitag dauert etwa 14 Tage. Anträge werden nacheinander in erster, zweiter und dritter Lesung behandelt. Über die Anträge kann mithilfe eines Tools geheim abgestimmt werden, auch Geschäftsordnungsanträge sind möglich. Bei der Wahl des Vorstands findet zwingend eine geheime Abstimmung statt. Seit dem 63. Bundesparteitag der FDP im April 2012 in Karlsruhe hat der LV Net Antragsrecht zu Bundesparteitagen, außerdem haben die Mitglieder des Vorstands jetzt dort Rederecht.

Mit Anträgen zu ACTA und dem Urheberrecht, aber auch zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, zur Ganztagsbetreuung und zur Kranken- und Rentenversicherung hat sich der FDP LV Net auf seinen letzten Parteitagen mit einer breit gefächerten Programmatik befasst. Im ständigen Forum des FDP LV Net debattieren Liberale im In- und Ausland über aktuelle politische Entwicklungen. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter lvet.fdp.de zu finden.

Neue Medien für mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen kann kein Selbstzweck sein, sondern eine Möglichkeit, es den Menschen zu erleichtern, sich mit ihren Ideen einzubringen und dadurch die Chance zu erhalten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Demokratie.

Derzeit wird die Plattform des LV Net in meine-freiheit.de komplett neu gestaltet, damit die Arbeit wieder zeitgemäß stattfinden kann. Die vielfältigen Werkzeuge dieser Plattform werden noch intensivere Diskussionen und programmatische Arbeit ermöglichen.

FDP-Bürgerfonds

Vorsitz: **Detlev Fricke**

Der FDP-Bürgerfonds ist eine Arbeitseinheit des Bundesschatzmeisters. Zielsetzung der Aktivitäten des Bürgerfonds ist die Akquisition von Spenden jeder Größenordnung.

Nach dem schwierigen Wahljahr 2013 startete der FDP-Bürgerfonds das Jahr 2014 mit einem Fundraising-Lunch im Anschluss an das Dreikönigstreffen in Stuttgart. Weitere Veranstaltungen fanden im

75.000 Euro geführt hat. Insgesamt hat der Bürgerfonds sein Spendenziel für das Jahr 2014 mit Einnahmen von über 350.000 Euro erreicht.

In guter Tradition hat auch im Jahr 2015 am 6. Januar ein Mittagessen zugunsten des FDP-Bürgerfonds mit über 60 Gästen stattgefunden. Zudem fand im Anschluss an die Wahlkampfauftaktveranstaltung



Christian Lindner im Gespräch mit Gästen eines Fundraising-Dinners

Laufe des Jahres in Leipzig, Kiel, Hamburg, Düsseldorf und München statt.

Der Einladung zum traditionellen zentralen Fundraising-Dinner am 30. April 2014 im Namen von Sky du Mont in die Heeresbäckerei in Berlin folgten rund 130 Gäste. Begrüßt wurden sie vom Bundesvorsitzenden Christian Lindner, der Generalsekretärin Nicola Beer und dem Bundesschatzmeister Dr. Hermann Otto Solms. Stolz sei man, so die Gastgeber, dass dem Spendenaufruf des FDP-Bürgerfonds so viele Gäste gefolgt sind und es zu einem Ergebnis von rund

am 15. Januar 2015 in Hamburg ein Dinner zur Unterstützung des Hamburger Wahlkampfes statt, dem ebenfalls über 60 motivierte und engagierte Unterstützer folgten. Alleine in diesem Jahr konnte der FDP-Bürgerfonds so mit seinen Veranstaltungen Gesamtspenden von 160.000 Euro einwerben. Der FDP-Bürgerfonds wird auch in den nächsten Monaten weiter gemeinsam mit den wahlkampfführenden Landesverbänden Veranstaltungen durchführen, um Spenden und Unterstützung für die FDP zu akquirieren.

Mentoring-Programm der FDP

Vorsitz: **Mieke Senftleben**

Auf dem Bundesparteitag 2013 in Nürnberg konnten Patrick Döring und Mieke Senftleben den neuen Jahrgang des Mentoring-Programms begrüßen. 21 Mentees aus 16 Bundesländern und Vorfeldorganisationen nutzten die Gelegenheit, den Parteitag vor Ort zu verfolgen sowie erste Gespräche mit ihrem Mentor bzw. mit ihrer Mentorin zu führen. Es war wie in den Jahren zuvor auch dieses Mal kein Problem, Abgeordnete in Bund und Ländern sowie Staatssekretäre von der Idee zu begeistern, sich als Mentor zur Verfügung zu stellen.

Der weitere Verlauf des Programms geriet allerdings durch die verlorene Bundestagswahl etwas ins Stocken, da der Kontakt einiger Mentees zu ihren Mentoren teilweise abbrach. Daniel Dombrowsky und Mieke Senftleben haben sich bemüht, diese Lücke zu füllen, was leider nur teilweise gelang: ein Mentee verließ das Programm.

Dennoch lief das Programm weiter, hier einige Schwerpunkte:

- » erfolgreich absolvierte Kurzzeitpraktika in Landtagen, im Deutschen Bundestag sowie im BMZ
- » Mitwirkung und Unterstützung der Partei vor Ort während des Bundestagswahlkampfes, z. B. bei der Durchführung von Infoständen
- » Erstellung von Buchrezensionen mit anschließender Videoselbstpräsentation
- » Onlineseminare der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- » Ladies Night in Berlin verbunden mit einem Seminar zu kommunikativen Kompetenzen und Strategien
- » Besuch des Europäischen Parlaments
- » Rhetorikseminar für Frauen in Gummersbach

Eine Abschlussveranstaltung fand im Juni 2014 in Berlin statt. Die Mentees haben einen Beitrag vorbereitet, den sie in Anwesenheit der Generalsekretärin Nicola Beer sowie von Prof. Dr. Corinna Salander, Mitglied der Unternehmensleitung von Bombardier, und Mieke Senftleben präsentiert haben.

Liberaler Parteiservice

Vorsitzender des LiPS-Beirates: **Marco Buschmann**, Geschäftsführender Koordinator: **Karl-Heinz Rübesamen**

Als Konsequenz aus den Überlegungen zu einer umfassenden Parteireform wurde 1999 der Liberale Parteiservice (LiPS) gegründet. Ziel war, die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch die Errichtung eines gemeinsamen Angebots professioneller Dienstleistungen zu stärken.

Dienst- und Service-Leistungen werden vom Liberalen Parteiservice für alle Bereiche der Parteiarbeit angeboten. Der Hauptschwerpunkt der Tätigkeit liegt im Bereich der Finanzdienstleistungen. Nach den deutlich verschärften Bestimmungen des Parteiengesetzes mit erheblich höheren qualitativen Anforderungen an die Buchhaltung und Rechenschaftslegung der Parteien war es unumgänglich, das gesamte Rechnungswesen auf eine professionelle Basis zu stellen. Deshalb hat der Bundesschatzmeister gemäß § 14 Absatz 2 der Finanz- und Beitragsordnung aufgrund des Beschlusses der Landesschatzmeisterkonferenz vom 21. März 2003 verbindliche Richtlinien zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes erlassen. Dazu wurden zunächst Buchungszentren in Bonn, Berlin und Stuttgart eingerichtet und eine zentrale Buchhaltungssoftware installiert. Mit Beginn des Jahres 2013 wurden alle Gliederungen ausschließlich vom Buchungszentrum Bonn betreut.

LiPS bearbeitet auch die Buchhaltung der

meisten Landesverbände und ist zuständig für die Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichts der Bundespartei und der Landesverbände. Über die Buchhaltung und Rechenschaftslegung hinaus bietet LiPS den Gliederungen über ein Funktionsträgerportal eine vollständige Mitglieder- und Beitragsverwaltung an. Mit der seit kurzem installierten neuesten Version der Software ist die Beitragsverwaltung vor allem für Schatzmeister ohne Buchhaltungskennnisse wesentlich einfacher und komfortabler geworden.

Alle Buchhaltungsbelege werden seit 2011 bei der Verbuchung automatisch originalersetzend digitalisiert. Das erlaubt allen Gliederungen der Partei über das Funktionsträgerportal jederzeit Zugriff auf die verbuchten Belege.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit von LiPS ist die Ausstattung der Landesgeschäftsstellen mit moderner Informationstechnologie. Damit ist sichergestellt, dass ein EDV-Verbund der Landesverbände mit der Bundespartei erhalten bleibt und auch finanziell weniger gut ausgestattete Landesverbände über Arbeitsmittel nach dem neuesten Stand der Technik verfügen können.

Die kostenlose Beratung aller Gliederungen in Rechts- und Satzungsfragen gehört ebenfalls zum Aufgabenbereich von LiPS. Landesverbände, die nicht im Landesparlament vertreten sind, werden



Mitarbeiter des Liberalen Parteiservices stehen den Delegierten des a. o. Bundesparteitag im Dezember 2013 für Fragen zur Verfügung

im Wahlkampf finanziell unterstützt. Für finanzschwache Landesverbände wurde ein Solidarfonds eingerichtet, um ein Mindestmaß an Organisationsstruktur zu erhalten, das für den Wiedereinzug in die Parlamente unabdingbar ist.

Ein Erfolgsmodell ist auch die innerparteiliche Liquiditätshilfe zwischen den einzelnen Gliederungen unter Steuerung durch LiPS. Gliederungen mit Bankguthaben stützen damit solche mit Liquiditätsengpässen. Auf diese Weise werden erhebliche Kreditkosten erspart.

Die Kosten der gemeinsamen Aufgaben von LiPS werden je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden durch Vorwegabzug aus der auf Beitrags-

und Spendenaufkommen errechneten staatlichen Teilfinanzierung getragen. Die Budgethoheit liegt bei der Landesschatzmeisterkonferenz, die über den jährlichen Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung von LiPS entscheidet.

Der Beirat des Liberalen Parteiservice entscheidet über das gemeinsame Dienstleistungs- und Service-Angebot von LiPS und bereitet die Beratung des Haushalts durch die Schatzmeisterkonferenz vor. Mitglieder des LiPS-Beirates sind der Bundesgeschäftsführer, der den Vorsitz führt, und die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände. Der Beirat wählt einen geschäftsführenden Koordinator. In der Berichtszeit wurde diese Aufgabe von Karl-Heinz Rübesamen wahrgenommen.

PROGRAMM- ARBEIT

Nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag kommt den Bundesfachausschüssen der FDP eine herausragende Bedeutung zu. Ihre Fachleute sind es, die Themen identifizieren und inhaltliche Positionen ableiten. Diese Bedeutung der Bundesfachausschüsse wird auch dadurch unterstrichen, dass die Kommunikation zwischen Präsidium und Bundesfachausschüssen intensiviert wurde. Mehrere Treffen und zahlreiche Telefonkonferenzen der Generalsekretärin mit den Vorsitzenden stellten einen regelmäßigen inhaltlichen Austausch und eine Vernetzung der Arbeit sicher. Zudem hat die Generalsekretärin nahezu allen Bundesfachausschüssen in einer deren Sitzungen über aktuelle Themen berichtet.



Nicola Beer in der Werkstatt „Weltbeste Bildung für jeden“ auf dem Freiheitskonvent der Freien Demokraten

BFA Internationale Politik

Vorsitz: Michael Link



Diskussion der Mitglieder des BFA Internationale Politik

Der Bundesfachausschuss Internationale Politik tagte im Berichtszeitraum:

Sitzung am 27./28. Juni 2014, Thomas-Dehler-Haus, Berlin:

Konstituierung: Mit 43 benannten Mitgliedern, 10 gewählten Experten, 20 ständigen Gästen, sowie Vertretern der Fraktionen, Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Behörden.

Zum Vorsitzenden wurde Michael Link gewählt.

Stellvertretende Vorsitzende sind Marina Schuster, Nora Jordan-Weinberg und Holger Flöge.

Einsetzung der Fachgruppen:

- » FG Außenpolitik und Menschenrechte, Leitung Ulrich Niemann;
- » FG Europapolitik, Leitung Frank Hoffmeister;
- » FG Sicherheitspolitik: Leitung Angelika Brunkhorst;
- » FG Entwicklungszusammenarbeit, Leitung Gudrun Kopp.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Arbeit des BFA:

Flüchtlingsströme und deren Ursachen, Rohstoffkonzept des BMZ, Vernetzte Sicherheit, Neuausrichtung der Bundeswehr, Cyber Defense und Cyber Warfare, Drohneneinsätze, Aufnahme afghanischer Ortskräfte, Menschenrechte und menschenrechtliche Entwicklung, Unterdrückung der Presse, Transatlantische Beziehungen (TTIP, NSA, Datenschutz), EU-Jugendarbeitslosigkeit, Ursachen der Armutswanderung.

Sitzung am 31. Oktober/1. November 2014, Hessischer Landtag, Wiesbaden:

Nicola Beer berichtet über europäische und internationale Grundsatzfragen und stellt das neue FDP-Leitbild vor. Alexander Graf Lambsdorff informiert über die aktuelle politische Lage der Europäischen Politik. Dr. Wolfgang Gerhardt informiert über die Einstellung der elde und Neuauflage des Magazins LIBERAL, über die Einrichtung Liberaler Zirkel und über die politische Lage aus liberaler Sicht. Michael Link spricht ausführlich über die aktuelle politische Situation in der Ukraine.

Bearbeitete Themen:

Strategische Planung von Al-Qaida, Kampfdrohnen der Bundeswehr, politische Lage in Russland, TTIP, Aktuelle Situation in der Ukraine, Wahlen in Belgien, Europapolitische Forderungen. Zusammenarbeit mit der Ethikkommission. Planung einer Sitzung in Brüssel mit Gesprächen mit den MdEPs und ein Besuch bei der NATO.

Sitzung am 27./28. März 2015, IHK und Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:

- » Sitzung Fachgruppen-Leiter und BFA-Vorstand über Themenplanung.
- » Vortrag in der Industrie und Handelskammer „Fortschritt durch Handel? Freihandelsabkommen in der Diskussion“.
- » Tagung des BFA im Landtag.

Bearbeitete Themen:

Östliche Partnerschaften, Menschenrechtsverletzungen in Russland, IS, Flüchtlingsproblematik, TTIP, Russland-Ukraine-Konflikt, Europäische Armee?, Textvorschläge für das Manifest zum BPT, OSZE-Programm für Zivilgesellschaft und Wahlbeobachtungen (Michael Link), Bericht aus Brüssel – u. a. über die Griechenland-Debatten (Alexander Graf Lambsdorff).

BFA Wirtschaft und Energie

Vorsitz: **Florian Rentsch**

Der Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie hat sich am 25. April 2014 unter Leitung des Vorsitzenden Florian Rentsch konstituiert. Als Stellvertreter wurden Volker Thiel, Dr. Peter Altmiks und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué gewählt. Folgende Unterausschüsse wurden eingesetzt: UA Wettbewerb und Ordnungspolitik (Vorsitz: Volker Thiel), UA Energie (Vorsitz: Michael vom Baur), UA Wirtschaft und Ethik (Vorsitz: Gerhard Dieterle) sowie UA Technologietransfer und Innovation (Vorsitz: Fritz Haugg).

Neben einer umfassenden Themensammlung beschloss der BFA zudem, seinen Tagungsrythmus auf vier Sitzungen pro Jahr festzulegen. Die Tagungen finden regelmäßig bei Verbänden oder Unternehmen statt, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden. Der Bundesfachausschuss tagte im vergangenen Jahr beim Verband des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (Berlin), beim Zentralverband

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (Frankfurt a. M.) sowie bei der BASF (Ludwigshafen).

Nach einer intensiven Debatte, auch unter Einbeziehung externer Kompetenz, wurde ein Energiepapier zur Neupositionierung der FDP in diesem wichtigen wirtschaftspolitischen Feld beschlossen. Dieses wurde nach redaktionellen Ergänzungen seitens des Bundespräsidiums und des Bundesvorstandes beschlossen, und ist somit neue Grundlage für die Positionierung der FDP. Weitere Positionspapiere zu den Themen Liberale Eckpunkte für einen starken Mittelstand, Fracking sowie Soziale Marktwirtschaft und Ethik wurden erarbeitet und beschlossen. Alle dienen der Unterstützung der Arbeit des Bundespräsidiums. Ebenso beteiligte sich der Vorsitzende an der Veranstaltungsreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum Themenkomplex „Blaues Wachstum“.

In der vergangenen Sitzung in Karlsruhe debattierte der BFA intensiv über den Trend zur Rekommunalisierung. Ein umfassendes Positionspapier wurde erstellt, welches als Antrag zum Bundesparteitag im Mai 2015 eingebracht wird. Außerdem konnte als Gastreferent der Leiter des Freiburger Walter Eucken Instituts und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Lars Feld gewonnen werden, der zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland referierte.

Folgende Sitzungen sind für dieses Jahr mit nachfolgenden Themenschwerpunkten geplant: am 12. und 13. Juni beim Zentralverband des deutschen Handwerks zum Thema Handwerk und Mittelstand, am 25. und 26. September bei Vattenfall (Kraftwerk Moorburg) in Hamburg zum Thema Energie sowie am 27. und 28. November in Berlin bei Microsoft oder dem VDA zum Thema Digitalisierung und Industrie 4.0.



Dr. Peter Altmiks, Florian Rentsch, Prof. Lars Feld und Volker Thiel (v.l.n.r.)

BFA Finanzen, Steuern und Haushalt

Vorsitz: **Dr. Volker Wissing**

Der Bundesfachausschuss Finanzen, Steuern und Haushalt traf sich zu insgesamt drei Sitzungen am 4./5. Juli 2014, am 29. November 2014 und am 28. März 2015 in Berlin, mit jeweils rund 30 Personen. Die inhaltliche Vorbereitung fand in zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen statt, die der Ausschuss eingerichtet hat. Er befasste sich mit den aktuellen Themen der Steuer- und Finanzpolitik, insbesondere den Vorgaben des Präsidiums und analysierte die laufende Gesetzgebung des Deutschen Bundestages. Zu den Sitzungen wurden neben den ständigen Gästen auch Referenten aus Wirtschaft und Verbänden eingeladen, die über Steuer- und Finanzfragen berichteten.

Zentrale Themen waren u. a. die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die Finanzmarktbesteuerung, die Reform der Unternehmensbesteuerung, des Steuerstrafrechts, die Reform der Mehrwertsteuer und die Reform der Erbschaftsteuer. Neben rein fachlichen Fragen wurden auch die Nutzung neuer Medien und die strategische Positionierung der Partei in steuer- und finanzpolitischen Fragen erörtert.

BFA Ernährung und Landwirtschaft

Vorsitz: **Dr. Christel Happach-Kasan**

Der Bundesfachausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen durchgeführt: am 3. Januar 2014 in den Räumen der FDP-Landtagsfraktion in Hannover, am 15./16. Januar 2015 im Thomas-Dehler-Haus in Berlin und am 6./7. März 2015 in den Räumen der Geschäftsstelle der FDP NRW in Düsseldorf. Der Besuch der Sitzungen war gut, die Hälfte der Bundesländer war vertreten.

In Hannover hat der Fachausschuss schwerpunktmäßig Änderungsanträge zum Europawahlprogramm erarbeitet, die teilweise angenommen worden sind. Dabei war eine stärkere Marktausrichtung der EU-Förderpolitik ein besonderer Schwerpunkt. Die Sitzung im Januar diente der Befassung mit den Anträgen vom Bundesparteitag sowie dem Besuch auf der Grünen Woche, auf der der BFA u. a. mit dem Waldbesitzerverband, dem Industrieverband Agrar, dem Bundesinstitut für Risikobewertung der Ernährungswirtschaft Gespräche führte. Der Antrag des Landesverbandes Niedersachsen zur Agrarpolitik wurde als sehr gute Standortbeschreibung liberaler Agrarpolitik gewürdigt und mit kleineren Änderungen im Themenfeld Biotechnologie zur Zustimmung empfohlen. Der Antrag der Kommission Freiheit und Ethik zum Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung wurde auf der Grundlage eines Positionspapiers der Vorsitzenden abgelehnt. Der Fachausschuss teilt die Einschätzung der Kommission Freiheit und Ethik, dass es ein Gebot der Ethik ist, dass der Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung wie auch in der Hobbyhaltung hohen Ansprüchen genügen muss. Diese werden durch

die international anerkannten sogenannten „Fünf Freiheiten“, auf deren Grundlage auch das Bundestagswahlprogramm fußt, beschrieben. Der Antrag hat jedoch wichtige Entwicklungen der letzten Jahre unberücksichtigt gelassen und kann daher nicht zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Auf der Märzsession wurde die Firma Pick&Goertz in Jüchen besucht und ein Gespräch mit den beiden Geschäftsführern Volker Pick und Dirk Hübner geführt. Die Firma ist ein mittelständischer Betrieb des Fleischgroßhandels und beliefert insbesondere Großküchen im Umkreis von bis zu 150 km. Verarbeitet wird Fleisch von Rind, Schwein, Geflügel, Lamm. Das Unternehmen strebt Spezialisierungen an, um sich gegenüber Großunternehmen wie REWE zu behaupten. Eigenkontrollen und tägliche Verkostung sind wichtig, um die hohen Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten. Glutamat wird nicht verwendet. Es wurde ein Allergenmanagement aufgebaut. GVO-Freiheit wird nicht bestätigt. Rückverfolgung funktioniert. Es wurden im Weiteren angesprochen die Kennzeichnungsvorschriften – insbesondere Herkunftskennzeichnung, Lebensmittelkontrollen, Hygienevorschriften, die Bedeutung des Tierwohllabels.

Auf der nachfolgenden Sitzung wurden vier Positionen für das Liberale Manifest verabschiedet.

1. Zum wirtschaftlichen Rückgrat des Ländlichen Raums gehören mittelständische Betriebe der Land-, Forst- und Fischwirtschaft und des Gartenbaus mit den vor- und nachgelagerten Bereichen.

Die Eigentumsrechte der Landeigentümer müssen gewahrt werden, z. B. durch jährliche Pacht für die Nutzung ihrer Flächen durch Stromtrassen.

2. Gute Lebensmittel für gutes Geld. Um das Wegwerfen von Lebensmitteln zu verringern, sollte das Mindesthaltbarkeitsdatum (Mdh) ersetzt werden durch die Angabe: „Am besten bevor“ (abb). Ernährungsbildung muss Wissen über gesunde Ernährung vermitteln und die Menschen stark machen, ihre eigenen Interessen gegenüber den selbst ernannten Experten und Ernährungsgurus zu behaupten. Die hochwertigen Nahrungsmittel sind verständlich und übersichtlich zu kennzeichnen, damit Verbraucher selbst entscheiden können, was sie konsumieren möchten. Was drin ist, muss drauf stehen.

3. Langfristig müssen Landwirte unabhängig von Brüsseler Transferzahlungen gemacht werden. Öffentliche Gelder kann es nur für öffentliche Leistungen geben. Wettbewerbsverzerrungen müssen abgebaut werden.

4. Pflanzenzüchtung ist die Grundlage der Ernährung weltweit. Für die Zulassung einer Kulturpflanze zum Anbau sind ihre Eigenschaften entscheidend. Deshalb muss das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen auf EU-Ebene grundlegend überarbeitet werden. Die Nutzung biotechnologischer Methoden muss auch für mittelständische Unternehmen möglich sein. Die enorme Bedeutung der Pflanzenzüchtung für die Sicherung der Ernährung sollte in der Entwicklungszusammenarbeit eine deutliche stärkere Berücksichtigung finden.

BFA Arbeit und Soziales

Vorsitz: **Michael Kauch**

Stellvertreter/innen: Mona Model, Dr. Elisabeth Preuß, Dirk-Heinrich Heuer

Der Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum fünfmal im Plenum getagt:

23. März 2014 in Dortmund, 1. Juni 2014 in Erfurt, 7. September 2014 in Berlin, 6./7. Februar 2015 in Berlin und 29. März 2015 in Stuttgart.

Als Arbeitsgruppen wurden eingerichtet:

- » AG Arbeitsbeziehungen (Mitbestimmung, Diversity Management, Arbeits- und Tarifrecht)
- » AG Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsmarktpolitische Instrumente, ALG I/II, Fachkräfte)
- » AG Eingliederungshilfe und Inklusion
- » AG Rente (gemeinsam mit Bundesvorstand)

In den Arbeitsgruppen wurden gezielt externe Experten einbezogen – so z. B. in der AG Arbeitsbeziehungen liberale Betriebsräte sowie Vertreter der Familienunternehmer und des Völklinger Kreises.

Der Bundesfachausschuss legt dem Bundesparteitag drei Anträge vor: zur sozialen Lage und Integration von Flüchtlingen, zum Diversity Management in der Arbeitswelt und zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung. Darüber hinaus hat der BFA ein Argumentationspapier zur Inklusion an Schulen sowie ein Positionspapier zur Reform der Eingliederungshilfe erarbeitet und Zuarbeiten für den Leitartikel des Bundesvorstandes geleistet. Sowohl bei der Flüchtlingspolitik als auch bei der Eingliederungshilfe galt ein besonderes Augenmerk der Lage der Kommunen.

In der Diskussion um die Tarifeinheit haben Mitglieder des BFA dem Präsidium eine zeitnahe Argumentationshilfe zugeleitet und zudem im Auftrag der Bundespartei ein Verbandsgespräch mit der Pilotenvereinigung Cockpit geführt.

Für die nächste Sitzung am 12. Juli 2015 werden wir Fragen der Arbeitsmarktpolitik, der unternehmerischen Mitbestimmung und der Rentenpolitik weiter ausarbeiten. Zudem ist für die weitere Arbeit eine Kooperation mit dem BFA Familie zu den Sozialleistungen für Kinder und mit dem BFA Wirtschaft zu innovativen Ansätzen in den Themenfeldern Arbeit und Wirtschaft geplant.

**ERST WENN DER EINZELNE
SICH EINMISCHT,
KANN EINE LIBERALE
GESELLSCHAFT WACHSEN.**

FRIEDRICH NAUMANN

BFA Gesundheit

Vorsitz: Prof. Dr. Elisabeth Pott

Stellvertreter: Christine Aschenberg-Dugnus, Dirk-Heinrich Heuer, Dr. Stefan Schönberger

Die Sitzungen des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik fanden im Berichtszeitraum zu folgenden Terminen statt:

- 11./12. April 2014 in Berlin
- 10./11. Oktober 2014 in Berlin
(konstituierende Sitzung)
- 6./7. März 2015 in Berlin

In der Sitzung am 11./12. April 2014 wurden folgende Schwerpunkte für die neue Legislaturperiode des BFA festgelegt:

- » Priorisierung im Gesundheitswesen
- » Versorgung im ländlichen Raum
- » Zukunft der Pflegeversicherung
- » Krankenhausversorgung und -finanzierung
- » Qualitätsmanagement/Qualitätssicherung
- » Delegation ärztlicher Leistungen
- » Zukunft der Krankenhäuser

Es bilden sich Arbeitsgruppen zur Bearbeitung der genannten Themen, wobei Landesfachausschüsse auch gemeinsam Themen erarbeiten, um eine bessere Vernetzung zu erreichen.

Katja Suding, als Beisitzerin im geschäftsführenden Präsidium neu für den BFA Gesundheitspolitik zuständig, nimmt Freitag an der Sitzung teil.

In der Sitzung am 10./11. Oktober 2014 stellt Mieke Senftleben zunächst das Leitbild der FDP vor, danach folgt eine ausführliche Diskussion. Es folgt die Konstituierung und Zuwahl von acht Expertinnen und Experten. Der BFA verabschiedet

nach ausführlicher Diskussion und einigen inhaltlichen Neuformulierungen der Resolution des LFA Bayern den Text der Online-Petition „Gegen staatliche Zwangsmaßnahmen“, der sich auf das geplante Versorgungsstärkungsgesetz bezieht.

In der Sitzung am 6./7. März 2015 befasst sich der BFA mit dem geplanten Leitanspruch „Mehr Chancen durch mehr Freiheit – Kernforderungen der Freien Demokraten“ und beschließt fünf Kernforderungen, die unter dem Schwerpunkt „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ in den Antrag aufgenommen werden sollen:

- » Legalisierung der Eizellspende
- » Stärkung der Gesundheitsvorsorge im Kindes- und Erwachsenenalter
- » Fortbestand der freien Arztwahl
- » Stärkung der selbstbestimmten und menschenwürdigen Pflege
- » Möglichkeit zum würdevollen und selbstbestimmten Abschluss des eigenen Lebens

Der BFA beschließt einen Antrag mit dem Titel „Gegen eine allgemeine Impfpflicht, für eine Intensivierung der Impfberatung“. Der Antrag des LFA Hamburg „Hebammen – Aktuelle Probleme eines Berufsstandes“ wird diskutiert, ebenso die überwiesenen Anträge 601 und 600.

Zu den vom 65. Ord. Bundesparteitag der FDP (Dresden, 10. bis 11. Mai 2014) überwiesenen Anträgen nimmt der BFA wie folgt Stellung:

Antrag Nr. 601 des LV Niedersachsen mit dem Titel „Eizellspende erfüllen – Eizellspende legalisieren“: Der Antrag wird mit

folgenden Änderungen befürwortet:

- » Veränderung der Zeile 11 zu „Empfängern der Spende“
- » Streichung der Zeilen 12 bis 16, Streichung der Zeilen 40 bis 42 von „Frauen“ bis „nicht geeignet“.
- » In den Zeilen 44 und 45 eine Veränderung des Satzes zu „Eine anteilige Kostenübernahme seitens der gesetzlichen Krankenversicherung soll, wie bereits bei der künstlichen Befruchtung, in begründeten Fällen erfolgen“.

Antrag Nr. 600 des LV Niedersachsen mit dem Titel: „Handlungsfelder liberaler Pflegepolitik“: Der Antrag wird von den Mitgliedern begrüßt und es wird den Antragstellern für die umfangreiche Vorarbeit gedankt. Der Antrag wird zur weiteren inhaltlichen Überarbeitung und Strukturierung in die AG Pflege des BFA Gesundheitspolitik verwiesen.

BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Der Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz (vormals BFA Innen und Recht) tagte in der Berichtsperiode insgesamt viermal.

Frühjahrssitzung 2013

Anlässlich der Frühjahrssitzung 2013 am 1. und 2. März 2013 in Berlin besuchte der Ausschuss das GTAZ. Das Ende 2004 in

Rechts- und Innenpolitik wurden beschlossen und zum Bundesparteitag eingebracht.

Vor dem Sonderparteitag der FDP im Dezember 2013 fand wegen des Wahlkampfes keine weitere Sitzung statt. Corinna Werwigk-Hertneck, Justizministerin a. D. und Rechtsanwältin, bat nach zehn Jahren Vorsitzenden Tätigkeit um Entpflichtung. Zum neuen Vorsitzenden wurde vom Bundesvor-

ob die Installation eines E-Call-Systems in jedem Neuwagen verpflichtend vorgesehen sein sollte (so die inzwischen verabschiedete EU-Verordnung) und sich dafür jedem einzelnen Fahrzeugführer aktiviert werden muss oder jedenfalls deaktiviert werden kann. Außerdem erörterte der Ausschuss ein striktes Verwertungsverbot der Daten in Ordnungswidrigkeits-, Straf-, aber



Der BFA Justiz, Integration und Verbraucherschutz besuchte das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum in Berlin

Berlin eingerichtete Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum ist keine eigenständige Behörde, sondern eine gemeinsame Kooperations- und Kommunikationsplattform von 40 nationalen Behörden aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Der BFA erhielt vielfältige Informationen für seine weitere Arbeit.

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages im Mai 2013 in Nürnberg widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem der vom Bundesvorstand eingeleiteten Programmdebatte für die Bundestagswahl. Ca. 50 Änderungsanträge aus dem Bereich

stand auf seiner Dezembersitzung 2013 Dr. Matthias Schulenberg bestimmt.

Frühjahrssitzung 2014

Auf seiner Frühjahrssitzung, am 9. Mai 2014 in Dresden im Vorfeld des Bundesparteitages erfolgten die Zuwahl der Sachverständigen und die Wahl der Stellvertreter im BFA-Vorsitz. Als Stellvertreter wurden Dr. Wilfried Bernhard und Dr. Torsten Brandt gewählt. Auf der Tagung wurde eine Fülle von aktuellen politischen Fragen diskutiert. Der BFA diskutierte intensiv über das Thema E-Call. Dabei wurde infrage gestellt,

auch zivilrechtlichen Verfahren und eine strenge Zweckbindung bei der Übermittlung der erhobenen Daten an die Notrufzentrale. Versicherungsbedingungen, die Tarifvorteile an das Vorhandensein eines E-Call-Systems oder an die Übermittlung dieser Daten und/oder zusätzlicher Daten knüpfen, wurden abgelehnt.

Intensiv wurden verschiedene aktuelle Gesetzesvorhaben diskutiert, wie etwa die Novellierung des Anti-Terror-Datengesetzes, die Einführung eines Dopingstrafrechts, politische Handlungserfordernisse aus dem „Fall Edathy“ oder das Gesetz

zur „Mietpreisbremse“. In Dresden wurde ferner die vom BMJV angedachte Reform der Tötungsdelikte intensiv diskutiert und verwiesene Anträge des Bundesparteitages behandelt. Darüber hinaus wurden aktuelle Vorhaben der europäischen Gesetzgebung vorgestellt und erörtert. Auf der Sitzung verabschiedete Tendenzbeschlüsse wurden im Nachgang im Einzelnen durch beauftragte Einzelpersonen und eingerichtete Ad-hoc-Arbeitsgruppen ausformuliert und die Beschlüsse im BFA elektronisch abgestimmt.

Die verabschiedeten Beschlüsse wurden der Generalsekretärin übermittelt. Dazu gehören u. a. ein Beschluss zur Überarbeitung des Sexualstrafrechts, ein Beschluss zur Reform der Tötungsdelikte und ein Beschluss zur Vorratsdatenspeicherung.

Herbstsitzung 2014

Während der BFA-Sitzung am 7./8. November 2014 in Berlin wurden im Bereich Innenpolitik die Lage beim NSA-Untersuchungsausschuss erörtert, das geplante IT-Sicherheitsgesetz, der Asylkompromiss sowie Einzelfragen zum G10-Gesetz. Wichtiger Berichterstattungs- und Diskussionspunkt war des Weiteren das europäische Vorhaben zur Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft.

Eine intensive Erörterung wurde auch der Frage gewidmet, ob die Veranstalter von Fußball-Bundesligaspielen zu den Kosten für Polizeieinsätze herangezogen werden sollen. Ein Beschluss kam im BFA zu diesem Thema nicht zustande. Der BFA sprach sich ferner dafür aus, dass die FDP die Bewerbung von Berlin und Hamburg für die Austragung der Olympischen Spiele 2024 unterstützen soll.

Rechtspolitisch wurden unter anderem die Mietpreisnovelle, die Anpassung der Opfer-

rente, die Etablierung des Bundesdatenschutzbeauftragten als oberste Bundesbehörde und seine Herauslösung aus der Dienstaufsicht des BMI, der Gesetzentwurf zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen, die Bekämpfung des Menschenhandels durch ein StGB-Änderungsgesetz, die Entfristung des § 52a Urhebergesetz sowie erneut das Anti-Terror-Datei-Gesetz erörtert.

Der BFA fasste ebenfalls einen Beschluss gegen die geplanten aufenthaltsbeschränkenden Maßnahmen für Terrorverdächtige und die geplante Vorverlagerung der Strafbarkeit von Terrorverdächtigen als Reaktion auf den zunehmenden Salafismus.

Auf der Sitzung in Berlin befasste sich der Ausschuss auch intensiv mit der Frage, wie die strategischen Vorgaben aus der Strategiedebatte („selbstbestimmt in allen Lebenslagen“) thematisch mit Themen aus dem Bereich Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz „aufgeladen“ werden können. Dazu wurde eine Reihe von Thesen formuliert und dem Bundesvorstand zugeleitet.

Der BFA befasste sich auch mit dem von der FDP-Kommission Freiheit und Ethik gefassten Beschluss über die „Würde des Menschen in Grenzsituationen des Lebens“ und stimmte diesem Beschluss zu.

Neben der Befassung mit verwiesenen Anträgen erörterte der BFA auch die erwogene Reform des Vergewaltigungsparagraphen.

Der BFA formulierte ferner einen Beschluss zu den Eckpunkten des Bundesfamilienministeriums zu einem geplanten „Prostituiertenschutzgesetz“, in dem er sich gegen die Anmeldepflicht für Prostituierte aussprach und empfahl, das Aufenthaltsrecht für die Opfer von Zwangspro-

stitution so zu gestalten, dass ein Anreiz zur Aufdeckung von Zwangsprostitution gegeben würde.

In einem detaillierten Antrag wurde die Neufassung des Anti-Terror-Datei-Gesetzes als verfassungswidrig abgelehnt.

Frühjahrssitzung 2015

In seiner Frühjahrssitzung am 13./14. März 2015 in Berlin widmete sich der BFA insbesondere der Vorbereitung des Bundesparteitages in Berlin im Mai.

Dabei verabschiedete der BFA Anträge zur Ablehnung der Einführung eines Unternehmensstrafrechts, zugunsten einer berufsrechtliche Regelung zur Befreiung von Syndikusanwältinnen von der gesetzlichen Rentenversicherung, zur Präzisierung der Verantwortung der Suchmaschinenbetreiber, zur Praxis des Schutzes der Privatsphäre (Löschen von Links zu Publikationen in Suchmaschinen) und zu „Vernunft statt Empörung – für eine rationale Strafgesetzgebung“.

Intensiv diskutiert und verabschiedet wurden fünf Befunde und Forderungen, die aus Sicht des BFA Eingang in den Bundesvorstandsantrag zur Strategie der FDP auf dem Bundesparteitag in Berlin im Mai finden sollen.

Gegenstand der Erörterung waren ferner die europäische Richtlinie zur Ein-Mann-GmbH (SUP-Richtlinie) sowie die Entwicklung des europäischen Vertragsrechts.

BFA Bildung, Forschung und Technologie

Vorsitz: Patrick Meinhardt

Der Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie begreift sich als Think Tank für alle Fragen der Innovation.

Geleitet wird der Bundesfachausschuss von Patrick Meinhardt, der auch der Sprecher des FDP-Bundesvorstandes für bildungspolitische Fragen ist. Die Stellvertreter sind Dr. Magnus Buhler und Josephine Dietzsch, die Geschäfte führt Volker Adams.

Der Bundesfachausschuss arbeitet in vier regelmäßig tagenden Unterausschüssen: dem Unterausschuss Schule und frühkindliche Bildung unter Vorsitz von Christiane Brunk mit Elvis Ness als Stellvertreter, dem Unterausschuss Hochschule unter Vorsitz von Christiane Gaethgens mit Josephine Dietzsch als Stellvertreterin, dem Unterausschuss Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen unter Vorsitz von Finn Brandt mit Mathia Specht-Habbel als Stellvertreterin und dem Unterausschuss Innovation, Forschung und Technologie unter Vorsitz von Clemens Köbele mit Dr. Wolfram Kreisel und Arian Kriesch als Stellvertreter.

Die Themenschwerpunkte der Tagungen waren eine grundlegende Reform für ein elternunabhängiges BAföG, eine solide Grundfinanzierung unserer Hochschulen und des Wissenschaftssystems insgesamt sowie eine kluge Stipendienförderung für Deutschland. Der BFA setzt sich für die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung und den Wert unseres einzigartigen Dualen Ausbildungssystems ein. Leitthemen sind die Eigenverantwortung für Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen und eine faire Förderung von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft. Derzeit sind Anträge zu einer neuen Innovations- und Gründerkultur in Deutschland, zu einer intelligenten Inklusion, zur Förderung von Schulen in freier Trägerschaft und zur Bekämpfung des Analphabetismus fertiggestellt und vorgelegt worden.

BFA Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Vorsitz: **Horst Meierhofer**

Aufgrund der neuen Zusammensetzung der Bundesministerien haben sich auch für unseren Bundesfachausschuss einige Neuerungen ergeben: Zum einen ist der Bereich Erneuerbare Energien in den BFA Wirtschaft abgewandert, dafür kam der gesamte Baubereich zu unserem neuen Ausschuss „Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit“ hinzu.

Wegen dieses Neuzuschnitts haben wir uns bei der konstituierenden Sitzung am 20./21. Juni 2014 in Berlin dazu entschlossen, unter dem Dach des BFAs zwei Unterausschüsse zu gründen: Den UA Umwelt, geleitet von Leo Wacker, und den UA Bau unter der Leitung von Sebastian Körber, der früher bereits den BFA Bau leitete.

Der BFA wird geleitet vom Vorsitzenden Horst Meierhofer und den drei Stellvertretern Gerhard Kier, Claus-Peter Appel und Gerhard Kolbecher. Der Unterausschuss „Stadtentwicklung und Wohnungswesen“ befasst sich unter der Leitung von Sebastian Körber mit allen Themen rund um Bauen, Wohnen, Immobilien, Stadt- und Landesentwicklung.

Ein erstes Treffen fand am 27./28. Juni 2014 in Stralsund statt. Vortrag zum Thema „Denkmalschutz und Stadtsanierung vor Ort mit Begehung der Altstadt“ und „Mietpreisbremse“. Der Fachausschuss hat hierzu ein Papier erarbeitet, das mit dem Titel „Liberale Positionen zur Baupolitik“ aufzeigt, wie durch mehr Markt, Reduktion von Baukosten, Zusammenfassung und Überprüfung von Vorschriften etc. mehr günstiger Wohnraum für Mieter geschaffen, die Bedeutung von Barrierereduktion für alle Generationen für mehr selbstbestimmte Fortbewegung und Freiheit herausgearbeitet, und auch die Wohneigentumsquote gesteigert werden

kann. Die sogenannte Mietpreisbremse wird für nicht zielführend erachtet, da dadurch keine neuen und dringend benötigten Wohnungen gebaut, sondern eher Investitionen verhindert werden. Das verabschiedete Papier liefert hierzu wesentliche Ansätze für die Schaffung von mehr Wohnungen in angespannten Mietmärkten. Arbeit/Weiterentwicklung am Liberalen Bau-ABC für Kommunalpolitiker.

Der UA Umwelt traf sich am 16. August 2014 im niedersächsischen Landtag, Thema „Masterplan Kommunen 100% Klimaschutz“, am 9. November 2014 wurde in einer Telefonkonferenz das Thema „Fracking“ vorbereitet.

Die zweite BFA-Sitzung fand am 14. November 2014 in Hamburg auf Einladung von Kurt Duwe, MdHB, statt.

Hauptthemen waren „Hochwasserschutz und Eigentumsfragen am Beispiel der Großstadt Hamburg“ und ein überwiesener Antrag zum Thema „Fracking“. Beim Fracking beschloss der BFA die Notwendigkeit des Einvernehmens der Wasserbehörden bei neuen Frackingvorhaben, sprach sich aber gleichzeitig klar dafür aus, dass die Technologie in Deutschland ermöglicht werden müsse.

Der nächste BFA wird auf Einladung von Claus-Peter Appel am 19./20. Juni in Brüssel tagen, dann mit dem Schwerpunktthema Europäische Umwelt- und Klimapolitik. Ein weiterer Dank geht an Ralph Lorenz, der sich um die Online-Plattform meinefreiheit.de kümmert und alles rund um Online-Fragen und -Netzwerke für den BFA betreut.

BFA Medien, Internet und digitale Agenda

Vorsitz: **Hans-Joachim Otto**

Auch im Berichtszeitraum zeichnete sich die Arbeit des Bundesfachausschusses Medien, Internet und digitale Agenda durch ein überdurchschnittliches Engagement gerade auch von Sachverständigen und hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und den Verbänden aus, die wertvolle Anregungen und Thesen liefern konnten. Der Übergang von der Medienkommission zum Bundesfachausschuss ist durch die Integration einer großen Zahl von ständigen Gästen erfolgreich gelungen. Infolgedessen betrug die durchschnittliche Teilnehmerzahl an den Sitzungen gut 50, in der Spitze über 80 Personen.



Die Mitglieder des BFA Medien, Internet und digitale Agenda tagten im Thomas-Dehler-Haus

Als Experten hat der BFA folgende Persönlichkeiten gewählt:

Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Dr. Stefan Groß-Selbeck, Dr. Hans Hege, Dr. Iris Henseler-Unger, Dr. Ole Jani, Prof. Dr. Tobias Kollmann, Dr. Wolf Osthaus, Prof. Michael Rotert, Dr. Tobias Schmid, Benjamin Schoetz.

Der BFA hat die Grundlagen für die kontinuierliche und auf Dauer angelegte Arbeit an einer Liberalen Digitalen Agenda erstellt und erste Bausteine zu eben dieser erarbeitet. Anträge zu den Bundesparteitagen wurden vorgelegt, Stellungnahmen zu aktuellen Themen der

Medien- und Internetpolitik abgegeben und zur Vernetzung von Akteuren der deutschen Medien- und Internetwirtschaft mit den Freien Demokraten wurde beigetragen. Die Nutzung der Plattform meine-freiheit.de als Arbeitsbereich des BFA wurde erfolgreich begonnen. Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen des BFA statt:

21./ 22. Juni 2013, München:

In dieser Sitzung – noch unter der früheren Bezeichnung „FDP-Medienkommission“ – ging es vor allem um tragfähige Geschäftsmodelle für die Content-Industrie und Schutz des Urheberrechts in einem digitalen Umfeld. Anhand praktischer Beispiele wiesen die Unternehmen ProSiebenSat1 und Sky auf systematische und geschäftsmäßige Piraterie zu Lasten ihrer Programme hin. Ferner befassten sich die Mitglieder mit der Vorbereitung von Aktionen und Themenschwerpunkten für die Bundestagswahl.

4./ 5. April 2014, Berlin:

In dieser Sitzung konstituierte sich der neue BFA und wählte seine stellvertretenden Vorsitzenden und Experten. Inhaltlichen Schwerpunkt bildeten die NSA-Affäre und die digitale Souveränität Europas. Ferner ging es um die Finanzierung der Netzinfrastruktur, die Vorratsdatenspeicherung und die politischen und wirtschaftlichen Fol-

gerungen aus der Konvergenz der Medien. Der BFA lieferte Beiträge für den Workshop „Digitale Agenda“ auf dem Dresdner Bundesparteitag.

10./ 11. Oktober 2014, Berlin:

Diese Sitzung befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Unternehmen Google. Behandelt wurden insbesondere die praktische Umsetzung des Leistungsschutzrechts, das anhängige EU-Marktmisbrauchsverfahren und das EuGH-Urteil zum „Recht auf Vergessenwerden“. Zu Letzterem skizzierte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Grundsätze, wie entsprechende Anträge von Bürgern zu bescheiden seien. Im Übrigen formulierte der BFA politische Rahmenbedingungen zur Stärkung von Start-ups in Deutschland.

13./ 14. März 2015, Berlin:

Einen Schwerpunkt bildeten diesmal Überlegungen zur Medienordnung der Zukunft, welche die Regulierungstiefe für Rundfunkangebote mit der Medienkonvergenz in Einklang bringen muss. Ferner ging es um Netzneutralität, Netzausbau und die Frage, wie die Verbreitung zusätzlicher offener WLAN erfolgen kann, ohne zugleich die Durchsetzbarkeit von Urheberrechten auszuhebeln. Der BFA verabschiedete mehrere Anträge zum bevorstehenden Bundesparteitag.

BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitz: Mieke Senftleben

Der Beschluss des Bundesvorstandes zur Neuordnung der Bundesfachausschüsse führte zur Bildung des BFA Familie, Senioren Frauen und Jugend. Auf Vorschlag dieses Gremiums übernahm Mieke Senftleben den Vorsitz.

Der BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend tagte im Berichtszeitraum dreimal. Der weitere Austausch gelang dennoch zum einen per Mail, zum anderen durch das Internetportal meine-freiheit.de.

regierung. Bei der sich anschließenden Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit konnten weitere Fragen geklärt werden, sodass eine ausführliche Auswertung vorgenommen werden konnte. Zusätzlich wurden Aussagen zur Verbesserung der Infrastruktur getroffen, damit Familie und Beruf bzw. Pflege besser vereinbart werden können.



Intensive Debatte zum Leitbild „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“

Zu den Sitzungen:

Die konstituierende Sitzung fand im März 2014 statt. Als Stellvertreter ist Herr Krause (BB) für „Jugend“ sowie Dr. Sonja Gelinek für „Senioren“ zuständig. Frau Gelinek verließ im Juli die FDP, eine Nachwahl fand bisher nicht statt.

Der UA Jugend tagte im Sommer und hat zum vom Bundesparteitag in Dresden überwiesenen Antrag „Kinderrechte ins Grundgesetz“ ausführlich Stellung bezogen.

In der zweiten Sitzung im September befasste sich der BFA insbesondere mit den familienpolitischen Maßnahmen der Bundes-

Die dritte Sitzung stand unter der Prämisse, den Aspekt aus dem Leitbild „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ genauer zu hinterfragen. In zwei Arbeitsgruppen wurden die Themen „Zusammenführung der familienpolitischen Maßnahmen zu einem Kindereinkommen bzw. Kinderbürgergeld“ erarbeitet sowie liberale Aussagen zur sogenannten „Rushhour des Lebens“ getroffen.

Der Aufforderung der Generalsekretärin, fünf Ziele zu definieren und zu begründen, die für die Freien Demokraten zukünftig familien- und damit gesellschaftspolitisch relevant sind, ist der BFA nachgekommen.

BFA Verkehr

Vorsitz: Dieter Posch

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat im Berichtszeitraum dreimal getagt. Zunächst war beabsichtigt, regionale Veranstaltungen gemeinsam mit Landesverbänden „vor Ort“ durchzuführen. Durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sollte auf verkehrspolitische Leistungen und Vorstellungen der FDP aufmerksam gemacht werden, z. B. zu den Themen „Fernbuslinien“, „Anforderungen an ein Luftverkehrskonzept für Deutschland“, „Hinterlandverkehre“. Leider ließ sich dies nicht verwirklichen.

Der Bundesfachausschuss, der auf eine gute Zusammenarbeit mit den verkehrspolitischen Sprechern der FDP-Landtagsfraktionen Wert legt, hat zweimal mit diesen zusammen getagt. Wesentliche Diskussionspunkte waren die Probleme um die Einführung einer Pkw-Maut, eine grundlegende Änderung des Genehmigungsrechts sowie des Personenbeförderungsrechts, wozu auch Beschlüsse gefasst wurden.

Zum Personenbeförderungsrecht ist der BFA der Auffassung, dass Internet, Mobilfunk und Digitalisierung völlig neue Möglichkeiten eröffnen, Mobilität umweltschonend und ressourcensparend zu organisieren. Hier ist eine grundlegende Novellierung des Personenbeförderungsrechts erforderlich. Dabei müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter (Taxi, Minicar und sonstige neue Anbieterformen) geschaffen werden. An die Stelle eines aufwendigen Genehmigungsverfahrens kann ein Anzeigeverfahren treten. Hinsichtlich der Genehmigungsverfahren wollen wir eine Bürgerbeteiligung, die dem eigentlichen förmlichen Genehmigungsverfahren vorgeschaltet ist. Damit soll eine tatsächliche Beteiligung vor dem Genehmigungsverfahren sichergestellt werden. Das förmliche Verfahren soll prinzipiell verkürzt werden, mehrstufige Verfahren mit Doppelprüfungen sollen ausgeschlossen werden und bei großen Infrastrukturverfahren sollen wichtige Entscheidungen durch Parlamente beschlossen werden.

Für beide Problemfelder will der Bundesfachausschuss in Diskussionen mit den Landesfachausschüssen eintreten, um zu einer endgültigen Entscheidungsfindung zu kommen.

**FREIHEIT IST
FÜR DIE
GESELLSCHAFT,
WAS DIE
GESUNDHEIT
FÜR DEN EIN-
ZELNEN IST.**

HENRY SAINT JOHN, VISCOUNT BOLINGBROKE

BFA Kultur

Vorsitz: Dr. Rupert Graf Strachwitz

Die dritte Amtszeit des 2009 eingerichteten Bundesfachausschusses Kultur begann mit dem Bundesparteitag 2013. Während dieser Zeit ist der Bundesfachausschuss zweimal zu Sitzungen zusammengetreten: am 22./23. November 2013 in Berlin und am 20./21. Juni 2014 in Potsdam. Eine weitere Sitzung, die im November 2014 in Wiesbaden stattfinden sollte, kam leider nicht zustande.

Der Bundesfachausschuss hatte auf seiner Sitzung in Potsdam zwei Stellvertreter des Vorsitzenden zu bestimmen. Einstimmig (bei Enthaltung der Betroffenen) wurden gewählt: Bettina v. Seyfried, LV Berlin, Niko Tippelt, LV Sachsen.

Im Gegensatz zu früheren fanden die Sitzungen nicht gemeinsam mit der AG Kultur der Fraktionsvorsitzendenkonferenz statt, da der Kontakt nach der Bundestagswahl abgerissen war.

Themen der Sitzungen waren u. a.:

In Berlin die Situation der Berliner Museumslandschaft im Zusammenhang mit der Gründung des Humboldt-Forums und den Bau- bzw. Umzugsplänen der Alten Nationalgalerie. Hierzu fand eine ausführliche Aussprache mit dem Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin, Prof. Dr. Michael Eissenhauer, und dem Direktor der Nationalgalerie, Prof. Dr. Bernd Lindemann, statt.

In Berlin und Potsdam die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Hierzu waren als Gastreferenten in Berlin Gabriele Schulz, stellvertretende Geschäftsführerin des deutschen Kulturrates, in Potsdam Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International Deutschland e.V. und Mitglied des TTIP-Beirates beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, hinzugebeten. Es erschien zunächst wichtig, die Gründe für den großen Widerstand der deutschen Kulturverbände gegen TTIP zu erfahren und zu diskutieren. In der zweiten Runde ging es vor allem um die grundsätzlichen demokratietheoretischen Aspekte (Bsp. Schiedsgerichtsbarkeit).

Der Bundesfachausschuss fasste in Potsdam nach ausführlicher Diskussion mit großer Mehrheit folgenden Beschluss, der dem Bundesvorstand übermittelt wurde:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, eine innerparteiliche Diskussion über TTIP zu führen, in die demokratiepolitische, wirtschaftspolitische und kulturpolitische Gesichtspunkte gleichermaßen eingeführt werden.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich auf der Ebene des Europäischen Parlaments ebenso wie auf Bundes- und Landesebene für transparente und partizipative Verhandlungen und für die Klassifizierung als gemischtes Abkommen einzusetzen.

Mit Bedauern musste der Bundesfachausschuss Kultur zur Kenntnis nehmen, dass dieser Beschluss für die weitere Beratung in der Partei keinerlei Beachtung fand.

In den Sitzungen bestand Einigkeit darüber, den Kulturbegriff über die reine Kunst in weitere gesellschaftliche Zusammenhänge auszuweiten. Es wurde die Nähe zu Freiheit und Ethik gesehen. Der BFA Kultur will diesbezüglich eine aktivere Rolle einnehmen. Wie das nach außen transportiert werden kann, ist noch zu diskutieren.

Der BFA Kultur hat darüber hinaus Grundsatzfragen diskutiert. Unter anderem lag ein Papier des Vorsitzenden ausführlichen Gesprächen über den inhaltlichen Kern liberaler Politik zugrunde. Die Mitglieder des BFA waren sich darüber einig, dass ein Schwerpunkt der Parteiarbeit auf der Entwicklung inhaltlicher Konzepte liegen müsse.

In der Vergangenheit waren die Erfahrungen mit den Vorlagen des BFA frustrierend. Bspw. wurde ein Antrag zum Urheberrecht nie auch nur weiter behandelt. Der BFA Kultur erwartet, dass die mit viel Fachkompetenz erstellten Papiere mit mehr Akzeptanz entgegen genommen werden.

BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: Pfarrer/Dipl.-Volkswirt Dieter Kleinmann

Dem Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören Parteimitglieder christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens an.

Stellvertretende Vorsitzende sind Alfred Neugebauer – er leitet auch den Katholisch-Liberalen Arbeitskreis in Bayern (KLAK) – und Dr. Irmgard Schwaetzer, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied des Rates der EKD.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg

Vom 1. bis 5. Mai 2013 fand in Hamburg der 34. DEKT statt. Wie in den Jahren zuvor war die FDP unter der Federführung des Bundesfachausschusses mit einem eigenen Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Erstmals wurde von der Geschäftsführung des Kirchentags auch die Möglichkeit angeboten, sich innerhalb des Marktgeschehens mit einem „Markt Thema“ zu präsentieren. Gerne hat der Bundesfachausschuss dieses Angebot aufgegriffen und ein Interview mit Otto Fricke, Parlamentarischer Geschäftsführer, Bundesschatzmeister und Mitglied der Synode der EKD, geführt. Dr. Sybille Fritsch-Oppermann und Dieter Kleinmann befragten Otto Fricke zum Thema „Kirche und Religion im liberalen Staat“. Natürlich ging es dabei auch um gesellschaftliche Aspekte wie z. B. die Eigenverantwortlichkeit des Menschen

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015

Auch in Stuttgart wird die FDP wieder mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ unter der Bezeichnung „Liberaler Perspektiven“ vertreten sein und am 6. Juni 2015 eine Veranstaltung in der Reihe „MarktThema“ durchführen. Dr. Sybille Fritsch-Oppermann und Michael Theurer, Europaabgeordneter und Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg, werden mit Präses Dr. Irmgard Schwaetzer ein Interview führen.

Weitere Schwerpunkte:

Der Bundesfachausschuss plant in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Bad Boll eine Seminartagung zum Thema „Brauchen wir ein neues Religionsverfassungsrecht?“

Bei der Sitzung im Berliner Dom am 15. November 2014 hat sich der Bundesfachausschuss sehr intensiv mit dem neuen Leitbild

auseinandergesetzt und bei seiner nächsten Sitzung in Hannover am 13. März 2015 folgende konkreten Forderungen für die Erstellung eines Leittrags des Bundesvorstandes für den Bundesparteitag in Berlin formuliert:

a) Weltbeste Bildung für jeden: Weltbeste Bildung setzt die Bereitschaft zu Toleranz und zum Dialog voraus mit dem Ziel der Erziehung zum Frieden. Schulen in freier Trägerschaft gilt es zu fördern. Sie sind Voraussetzung für Schulvielfalt. Für eine weltbeste Bildung sind konkurrierende Angebote Voraussetzung.

b) Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen: Religionsfreiheit ist ein zu schützendes Grundrecht. Religionsmissbrauch ist durch die konsequente Anwendung der „Schrankenklausele“ des Grundgesetzes (Art. 140 GG i. V. m. Art. 137, Abs. 5 WRV) zu bekämpfen. Fremde Religionen und Kulturen sind nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung zu sehen. Daher ist der interreligiöse Dialog zu fördern. Vielfalt ermöglicht Bildung und schafft Toleranz. Glaubensfreiheit, Pluralität und Toleranz fordern das selbstverständliche Recht, religiöse Symbole tragen zu dürfen. Selbstbestimmtheit hat etwas mit Menschenwürde zu tun. Menschenwürde definiert sich aber nicht am physischen oder geistigen Zustand eines Menschen. Der Menschenwürde widerspricht es, im Sterben durch Arzt oder Angehörige alleingelassen zu werden (Hospizbewegung/ Palliativmedizin). Menschenwürde und Selbstbestimmtheit stehen auch nicht dem Recht entgegen, sterben zu dürfen, wenn ein Mensch keine Hoffnung mehr sieht auf ein – nach seinem ureigenen Verständnis – humanes Weiterleben (Hans Küng).

c) Freiheit und Menschenrechte weltweit: Menschenrechte und Menschenwürde verbieten jegliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und/ oder ihrer Religion. Das Leitbild einer pluralen Gesellschaft ist Voraussetzung für die Umsetzung von Freiheit und Menschenrechten weltweit. Dazu gehört auch, dass Menschen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden, Asyl gewährt wird. Freie Demokraten bekennen sich zur weltweiten Verantwortung für die Eine Welt und setzen sich für eine nachhaltige Entwicklungspolitik ein, deren oberstes Ziel die Hilfe zu Selbsthilfe sein muss.

Termine: Sitzung am 28. Juni 2013 in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Berlin; am 5. Juli 2014 im Truman-Haus in Potsdam, am 13. März 2015 im Landtag in Hannover und am 18. April 2015 im Spenerhaus in Frankfurt am Main.

BFA Sport

Vorsitz: **Detlef Parr**

Von Düsseldorf über München, Berlin und Köln bis nach Frankfurt führte der Weg der Sportpolitiker bei ihrer Arbeit in den letzten zwei Jahren. Die gute Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion, namentlich mit Dr. Lutz Knopek, endete abrupt mit den Bundestagswah-

len. Die vorher für das Wahlprogramm sorgfältig erarbeiteten sportpolitischen Positionen und die Vorbereitung unseres Spitzenkandidaten für das große Wahlhearing des Deutschen Olympischen Sportbundes trugen nicht die erhofften Früchte – auch wegen des wieder einmal

nicht hinreichend erkannten Stellenwertes des Sports in der Gesellschaft für den Wahlkampf.

Nach den September-Erfahrungen nutzte die Partei die neue Chance, die Sportpolitik stärker zu verankern. Die

Sportkommission wurde zum Bundesfachausschuss aufgewertet. Und dank des Einsatzes des NRW-Landtagsabgeordneten Marc Lürbke gelang es, die AG Sportpolitik bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz wieder zu beleben.

Der Bundesvorstand billigte einstimmig die „Eckpunkte liberaler Sportpolitik“, die eine gute Grundlage für die innerparteiliche Arbeit, vor allem aber für Kontakte mit dem DOSB, den Landessportbünden und wichtigen Sportfachverbänden bilden – eindrucksvoll bestätigt von DOSB-Generaldirektor Dr. Michael Vesper bei der Sitzung des BFA an der Deutschen Sporthochschule Köln und in Gesprächen mit den Präsidien der Landessportbünde Berlin und Hessen.

Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit waren zunächst die Bedeutung von Sportgroßveranstaltungen und die deutsche Bewerbung um Olympia 2024 mit

den Kandidaten Berlin und Hamburg, die uneingeschränkte Unterstützung fand. Deshalb findet auch die nächste Sitzung in Hamburg statt. Die Finanzierung des Sports über den Glücksspielstaatsvertrag blieb weiterhin in der Kritik, weil dieser immer noch nicht in Kraft getreten ist und Sportwettenangebote sich weiterhin in einer Grauzone bewegen. Der BFA würdigte die auch finanziell großen Bemühungen von DFB und DFL im Hinblick auf Fußball und Sicherheit und lehnte eine Kostenbeteiligung an Polizeieinsätzen außerhalb der Stadien ab.



Die Mitglieder des Bundesfachausschuss vor der Deutschen Sporthochschule Köln

Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: **Roland A. Kohn**

Die Kommission Freiheit und Ethik versteht sich als Plattform zur kritischen Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen des Liberalismus. Es geht um die ethische Fundierung der Freiheitsidee, die den Freiheitlichen Rechtsstaat, die Liberale Demokratie, die Offene Gesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft begründet. Zu den hieraus abgeleiteten Themen richtete die Kommission Arbeitsgruppen ein:

- » „Menschenwürde am Lebensende“ (Dr. Bernhard Labudek)
- » „Meinungsfreiheit und Politische Korrektheit“ (Dieter Kellermann)
- » „Ethik und soziale Marktwirtschaft“ (Gerhard Dieterle) – gemeinsam mit BFA Wirtschaft
- » „Ethik interventionistischer Außen- und Sicherheitspolitik“ (Dr. Sybille C. Fritsch-Oppermann) – gemeinsam mit BFA Internationale Politik
- » „Digitale Demokratie und Zivilgesellschaft“ (Roland A. Kohn)
- » „Bildung für Bürger“ (Eva Schmelmer)

Der Bundesvorstand hat am 26. Mai 2014 das gemeinsam mit dem BFA Wirtschaft erarbeitete Papier „Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft – Ethik, Nachhaltigkeit und Verantwortung für die Zukunft“ beschlossen.

Unsere Tagungen:

7./8. Februar 2014 – Potsdam:

Angesichts fundamental veränderter politischer Rahmenbedingungen debattierte die Kommission die Chancen für eine Renaissance der liberalen Geisteshaltung und den Beitrag, den die Kommission dazu leisten kann.

20./21. Juni 2014 – Frankfurt am Main:

Generalsekretärin Nicola Beer diskutierte mit den Mitgliedern die Erwartungen der Parteiführung an Fachausschüsse und Kommissionen sowie die notwendig gewordenen organisatorischen Veränderungen.

17./18. Oktober 2014 – Rüsselsheim:

Im Mittelpunkt stand die Beschlussfassung zum Grundsatzpapier „Menschenwürde in Grenzsituationen des Lebens“, um angesichts der Debatten in Bundestag und Öffentlichkeit die Partei mit Argumenten zu versehen.

30./31. Januar 2015 – Potsdam:

Es wurde ein Papier zu Meinungsfreiheit und Politischer Korrektheit sowie ein Vortrag von Dr. Sybille C. Fritsch-Oppermann zu „Verantworteter Vorläufigkeit“ diskutiert; außerdem eine zusammen mit dem BFA Wirtschaft erarbeitete Argumentationshilfe „Soziale Marktwirtschaft und Ethik“ beschlossen.

18. April 2015 – Frankfurt am Main:

Gemeinsame Tagung mit dem federführenden BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zum Thema Islam.

Arbeitsgruppe Parteientwicklung

Vorsitz: **Nicola Beer**



Mitglieder des Präsidiums der Freien Demokraten

Im Vorfeld des 65. Ordentlichen Bundesparteitag in Dresden hat die FDP durch online-Umfragen auf meine-freiheit.de und Facebook ihre Mitglieder aufgefordert, Probleme in der Parteiarbeit, Defizite bei der Programmatik, Verbesserungsvorschläge für eine effizientere Struktur sowie konkrete Maßnahmen zur direkten Einbeziehung der Mitglieder zu benennen. Diese wurden gesammelt ausgewertet und in einem Antrag dem 65. Ordentlichen Bundesparteitag vorgelegt. Der Antrag „Besser beteiligen heißt stärker werden – Bürgerpartei FDP“ wurde vom Bundesparteitag beschlossen und stellt die Agenda der Arbeit der AG Parteientwicklung (AG PE) dar.

Diesen Arbeitsauftrag setzt die AG PE in acht Unterarbeitsgruppen (UAG 1: Basisjury und Umfrage, UAG 2: Diversity-Konzept, UAG 3: Mitgliederentscheid, UAG 4: BFAs, UAG 5: Vorwahlen, UAG 6: Neumitgliederpatenschaftsprogramm, UAG 7: Best-Practice-Handbuch, UAG 8: Prüfaufträge Gremien) um.

Teil dieses Auftrags war auch, zu den Projekten Umfragen durchzuführen und so die Mitglieder direkt zu beteiligen. Die Umfragen dienen außerdem als Orientierung und Entscheidungshilfe bei kontroversen Punkten. Im Fokus der ersten Welle einer Mitgliederumfrage standen im Januar 2015 mögliche Projekte zur Parteientwicklung, die nur durch Satzungsänderungen zu realisieren sind. Diese Umfrage sollte zu einer Priorisierung beitragen und so die Inhalte und die Aufteilung der Beratung bei den nächsten Parteitagen vorstrukturieren. Die Umfrage erfolgte wie die Umfrage zum Leitbild an alle elektronisch erreichbaren Mitglieder. 6012 Mitglieder haben daran teilgenommen.

Das Ergebnis brachte folgende Rangliste: Dringlichkeitseinschätzung

1. Einführung einer Mitgliederbefragung	58,34%
2. Weiterentwicklung des Mitgliederentscheids	57,76%
3. Einführung eines Mitgliederbegehrens	46,13%
4. Mögliches eigenständiges Antragsrecht der Bundesfachausschüsse	44,65%
5. Repräsentative Gremien stärken	41,31%
6. Neumitgliederbeauftragte	30,30%
7. Satzungsrelevante Maßnahmen des Diversitätskonzeptes	26,06%
8. Kampagnenbeauftragte	25,45%

Die Umfrage samt Ergebnissen wurde auf meine-freiheit.de eingestellt, in der Mitgliederzeitschrift elde veröffentlicht und mündet in zwei Satzungsänderungsanträgen: ein eigenständiges Antragsrecht der Bundesfachausschüsse (BFA) und die Modernisierung des Mitgliederentscheids sowie die Einführung von Mitgliederbefragung und Mitgliederbegehren, die dem 66. Ordentlichen Bundesparteitag im Mai 2015 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Alle anderen Projekte werden von den zuständigen Unterarbeitsgruppen der AG Parteientwicklung bearbeitet, implementiert und zeitnah veröffentlicht. Die Gruppe AG Parteientwicklung auf meine-freiheit.de ermutigt alle Mitglieder, sich aktiv an den Diskussionen zu beteiligen und mit eigenen Anregungen und Vorschlägen den Weg der Freien Demokraten hin zur einzigen echten Mitmachpartei Deutschlands konstruktiv zu begleiten.

Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: Konstantin Kuhle

Die beiden vergangenen Amtsjahre waren für die Jungen Liberalen mit großen Herausforderungen verbunden. Einerseits mussten zur Bundestags- und Europawahl zwei bundesweite Kampagnen organisiert werden. Andererseits galt es für die JuLis, das eigene Rollenverständnis an die außerparlamentarische Opposition anzupassen. Hinzu kamen organisatorische Aufgaben – vor allem der Einzug der Bundesgeschäftsstelle ins Thomas-Dehler-Haus – und Sparnotwendigkeiten durch Veränderungen in der Finanzsituation. All das geschah unter drei verschiedenen Bundesvorsitzenden: Lasse Becker (Frühjahr 2010 – Herbst 2013), Alexander Hahn (Herbst 2013 – Frühjahr 2014) und Konstantin Kuhle (seit Frühjahr 2014).

Seit der Bundestagswahl 2013 fanden deutschlandweit rund 1.000 neue Mitglieder ihren Weg zu den JuLis. Sie alle zu integrieren war für den Bundesverband und seine Untergliederungen eine große, aber zugleich großartige Herausforderung. Leider ging dies mit der Begleitung einer zunehmenden Anzahl von Landesverbänden einher, die sich nach verlorenen Landtagswahlen auch auf Landesebene in der außerparlamentarischen Opposition befinden.

Die Bundeskongresse beschäftigten sich mit unterschiedlichsten Themenfeldern. Neben der Verabschiedung von eigenen jungliberalen Bundestags- und Europawahlprogrammen fielen darunter beispielsweise Anträge zur Zukunft der Wissenschaft, zur Liberalisierung des Taxi-Marktes, zum Umgang mit Prostitution, zur Stadionsicherheit bei Fußballspielen, zur Krim-Krise oder zur Sterbehilfe für Kinder. Letzterer sorgte auch öffentlich für Diskussionen. Bei zurückliegenden Bundesparteitagen konnten sich die JuLis auch innerhalb der FDP mit Positionen durchsetzen – etwa zum Europäischen Bundesstaat, zur Asyl- und zur Netzpolitik.

Zur Bundestags- und zur Europawahl organisierten die Jungen Liberalen eigene Kampagnen mit jeweils deutschlandweiten Wahlkampf-Touren, eigenen Wahlwerbepots und Aktivitäten in den Kreisverbänden. Abseits des Wahlkampfes fanden insbesondere die „APO 2.0“-Kam-



Die Jungen Liberalen schossen auf ihrem 49. Bundeskongress ein Selfie mit allen Teilnehmern

pagne sowie die traditionellen Preetouren öffentliche Beachtung. Die reguläre Pressearbeit war neben klassischen Pressemitteilungen und Interviews vor allem von regelmäßigen Gastbeiträgen der Bundesvorsitzenden geprägt. Präsent waren die JuLis in den vergangenen Jahren selbstverständlich auch weiterhin im Internet und in den sozialen Medien.

Bundesverband Liberaler Mittelstand

Vorsitz: **Thomas L. Kemmerich**

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. hat in den Jahren 2013 bis 2015 ihre positive Entwicklung weiter fortgesetzt.

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. hat ihren Sitz in Berlin. Die aktuelle Mitgliederzahl beträgt ca. 950. Die Landes- und Regionalverbände führten zahlreiche Veranstaltungen durch, um mittelstandspolitische Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.



Thomas L. Kemmerich eröffnet die Bundesdelegiertenkonferenz in Potsdam

Auf der 12. Bundesdelegiertenkonferenz am 9. November 2013 in Potsdam hat der Liberale Mittelstand beschlossen, in Fortschreibung des Programms von 2013 ein neues Grundsatzzprogramm zu entwickeln. Dieses soll auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 7. November 2015 beschlossen werden. Darüber hinaus verabschiedete der Bundesvorstand des Liberalen Mittelstands mehrere Positionspapiere, u. a.: „Nein zu Steuererhöhungen – Substanz des Mittelstands für die Zukunft sichern“, „Wirtschaftskraft vor Ort stärken – Das Handwerk fördern und entlasten“ und „Innovationskraft des Mittelstands stärken – Forschung und Entwicklung fördern“. Auf der 13. Bundesdelegiertenkonferenz am 6. Dezember 2014 in Kronberg im Taunus verabschiedete der Bundesverband die Beschlüsse, keine Zwangsrente für Selbstständige zu verordnen, das europäische Meldeverfahren von Finanztransaktionen EMIR nicht auf kleine und mittelständische Unternehmen anzuwenden und die Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern zu modernisieren.

Alle Beschlüsse sind veröffentlicht unter:

http://www.liberaler-mittelstand.de/no_cache/bundesverband/wir/beschluesse/.

Die Positionspapier des Vorstands finden sich unter:

<http://www.liberaler-mittelstand.de/bundesverband/wir/unsere-positionen/>

Bundesverband Liberale Frauen

Vorsitz: **Gesine Meißner**

Die verlorene Bundestagswahl 2013 hat sich stimmungsmäßig auch bei den Liberalen Frauen ausgewirkt. In allen Landesverbänden kam es zu Austritten, drei Landesverbände haben sich aufgelöst und befinden sich zurzeit in der Neuorientierung. Bedingt durch die Auflösung des Fördervereins Liberale Frauen nahm die Teilnehmerzahl bei bundesweiten Versammlungen ab. Gleichzeitig kam es in Nordrhein-Westfalen als erstem und bisher einzigem Landesverband zur Gründung von einzelnen Kreis- und Bezirksverbänden.

Bei der Mitgliederversammlung im März 2014 wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Den Vorsitz übernahm die niedersächsische Europaabgeordnete Gesine Meißner. Seitdem wurden der Austausch auf Bundesebene mit anderen Frauenverbänden im Deutschen Frauenrat und auch die Zusammenarbeit mit dem ALDE-Gender-Equality-Netzwerk, den europäischen liberalen Frauen, vertieft, unter anderem durch ein internationales Seminar mit liberalen Europäerinnen aus verschiedenen Ländern in Berlin.

Vertreterinnen des Bundesvorstandes brachten sich mit Vorschlägen aus Frauensicht in Veranstaltungen und Konzepte zur Leitbilddiskussion ein. Bei der Mitgliederversammlung im Frühjahr 2015 wurden in einem sehr konstruktiven Workshop Vorschläge zur Zukunft liberaler Frauenpolitik erarbeitet, die demnächst in einem Internetforum weiterentwickelt werden sollen. Ziel ist es, durch neue Kommunikationsformen und auch durch andere Darstellung liberaler Politik die Mitgliederzahl wieder zu erhöhen und auch mehr Frauen als Mitglieder und Wählerinnen für die Freien Demokraten zu gewinnen.

Liberale Senioren

Vorsitz: **Detlef Parr**

Der Bundesvorstand der Liberalen Senioren hat sich alle zwei Monate entweder in Fulda oder in Frankfurt getroffen. Er tagt in der Regel als erweiterter Bundesvorstand mit den Vorsitzenden der Landesverbände, um bundesweit größtmöglichen Informationsaustausch zu sichern. Jede Sitzung wird neben der üblichen Tagesordnung von einem Schwerpunktthema geprägt, zu dem Experten zu Wort kommen. So hat z. B. Michael Kauch die Frage der Menschenwürde bis zuletzt (selbstbestimmt leben bis zum Tod) beleuchtet, Rechtsanwalt Carlos Gebauer die Probleme der Rente und Altersversorgung aus dem Blickwinkel des Liberalen Aufbruchs bewertet und der ehemalige Familienrichter Jürgen Rudolph zur Rolle der Großeltern und Konfliktsituationen der Kinder Stellung bezogen. Im Berichtszeitraum hat es zwei Bundesdelegiertenversammlungen in Düsseldorf und Nürnberg gegeben, bei denen u. a. auch Beschlüsse zu diesen Themenfeldern gefasst wurden.

Neben programmatischen Anträgen an den Bundesparteitag haben sich die Liberalen Senioren als wichtige Vorfeldorganisation der FDP eigenständig an der Erarbeitung des Bürgerprogramms für die Bundestagswahlen 2013 beteiligt. Die Zusammenarbeit mit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion verlief weitgehend gut – nicht zuletzt, weil der Bundesvorsitzende kooperiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstands ist. Es wurde ein Seniorenflyer „Politik für

Menschen in den besten Jahren“ herausgegeben und eine Zielgruppenkarte erstellt – als Argumentationshilfe für Kandidaten. Zudem konnten wir unsere „Eckpunkte liberaler Seniorenpolitik“ für den Wahlkampf neu auflegen. Unsere nachdrücklichen Hinweise auf den größten Zuwachs an Wählerstimmen bei den letzten Landtagswahlen bei den über 60-Jährigen und der wachsenden Bedeutung der Ansprache dieser Zielgruppe für den Wahlerfolg fanden allerdings nicht den gewünschten Widerhall.

Nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag griffen die Liberalen Senioren auf ihre Initiative „Standfeste Liberale“ zurück und trugen mit der „Düsseldorfer Erklärung“ der Bundesdelegiertenversammlung zum Neustart der FDP bei. Darin findet sich auch die Idee, den mündigen Bürger wieder zum Ausgangspunkt liberaler Chancenpolitik zu machen vor dem Hintergrund eines modernen und zeitgerechten Bild des Alters und Alterns (der Lebenswirklichkeit entsprechend) – passend zur Leitbilddiskussion der FDP. Die Liberalen Senioren arbeiten gerne mit anderen Bundesfachausschüssen und Vorfeldorganisationen zusammen. Sie sind in den Fachkommissionen der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) vertreten. Und sie zeigen nicht zuletzt auch Gesicht auf ihrer Homepage und neuerdings auch auf Facebook.

Bundesverband Liberale Hochschulgruppen

Vorsitz: **Sascha Lucas**

Noch vor dem Bundesparteitag feierten die Liberalen Hochschulgruppen im Januar ihr 25-jähriges Jubiläum im Rahmen der 49. Bundesmitgliederversammlung in Bonn. Im Jahr 2013 stand auch für die Liberalen Hochschulgruppen die Wahl zum Deutschen Bundestag an zentraler Stelle. Mit der Studis-Wählen-Kampagne begleiteten die LHG ab Juni die Bundestagswahl und (be-)wertete Wahlprogramme aller großen Parteien in Hinblick auf das Hochschul- und Wissenschaftspolitische Konzept. Des Weiteren begleiteten wir die Wahl mit Informationsveranstaltungen an den Universitäten, so zum Beispiel an der Uni Mainz mit dem damaligen Generalsekretär Patrick Döring. Den Jahresabschluss bot die International Academy mit

Teilnehmern aus ganz Europa, dieses Mal zum Thema Studiumsfinanzierung.

Das Jahr 2014 begann mit der 51. Bundesmitgliederversammlung in Saarbrücken und der Wahl von Julia Buschhorn zur Vorsitzenden. Mit dem größtenteils neu gewählten Vorstand stand dieses Jahr das BAföG im Mittelpunkt. Die Liberalen Hochschulgruppen begleiteten die Novelle mit der Forderung nach einer echten Reform hin zur Einkommens-, Vermögens-, und Elternunabhängigen Förderung – auch mit einer großen Aktion auf dem Pariser Platz in Berlin. Ein liberales „Aufregerthema“ bearbeitete die LHG in seinem Pflingstseminar und auf der Sommer-BMV in Frankfurt am Main.

Die Studierenden beschäftigten sich mit der Frage der Gender-Theorie. Die International Academy in München beleuchtete leistungssteigernde Substanzen und ihren Gebrauch an der Hochschule, aus der sich auch die aktuelle Beschlusslage die LHG ergibt.

In den ersten Monaten des Jahres 2015 nahm der in Hannover gewählte Vorstand um Sascha Lucas die Arbeit auf. Im Mittelpunkt stehen eine bundesweite Onlinekampagne unter dem Titel „Freie Forschung Macht's möglich“ und Wahlkampfunterstützung der Junos Studierenden in Wien. Weitere Themenschwerpunkte sind studentischer Wohnraum und die Exzellenzinitiative in der Lehre.



Aktion der Liberalen Hochschulgruppen vor dem Brandenburger Tor

**MEINUNGSFREIHEIT
IST DIE LUFT, DIE JEDER
DENKER ZUM ATMEN
BRAUCHT, DER ZÜNDSTOFF
FÜR DAS FEUER SEINER IDEEN.**

RAUF BADAWI, SAUDISCHER INTERNET-AKTIVIST UND POLITISCHER GEFANGENER

Bundesverband Liberaler Kommunalpolitiker

Vorsitz: **Oberbürgermeister Wolfram Dette, Wetzlar**

Die Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) vertritt die 3.083 Mitglieder, die sich in der Kommunalpolitik haupt- und ehrenamtlich für ihre Kreise, Städte und Gemeinden engagieren.

Die fachlichen Anforderungen an die Kommunalpolitiker sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Die VLK hat deshalb – oftmals in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – ihr Bildungsangebot ausgeweitet. Dazu kommen vielfache Fachberatungen der Fraktionen, Gruppen und Einzelkämpfer vor Ort. Träger dieser Arbeit sind vorrangig die Landesverbände. Als kommunalpolitisches Fachgremium der Freien Demokraten wirkt die VLK bei der Entwicklung von inhaltlichen Positionen mit und vertritt liberale Positionen in den kommunalen Spitzenverbänden und bei kommunalpolitischen Kongressen und anderen Veranstaltungen. Die VLK hat in den Jahren 2013 und 2014 eine Vielzahl von Beschlüssen beispielsweise zur Migration/Flüchtlingszahlen, Inklusion, Eingliederungshilfe, kommunale Finanzen, Verkehrsinfrastruktur, interkommunale Kooperationen und zu vielen anderen Themen erarbeitet.

Die schwierige Lage der Partei im Berichtszeitraum hat sich auch in der Kommunalpolitik ausgewirkt. Bei den Wahlen der letzten zwei Jahre konnten

die vorherigen Ergebnisse überwiegend nicht gehalten werden. Die Zahl der Mandatsträger ist zurückgegangen.

Die Bundesdelegiertenversammlungen fanden turnusgemäß am 18./19. Oktober 2013 in Berlin und am 19./20. September 2014 in Mülheim/Ruhr statt. Unter anderem wurden in Berlin die „Leitlinien liberaler Kommunalpolitik“ beschlossen, die in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit entstanden.

Die VLK präsentiert sich regelmäßig mit einem Stand auf den Bundesparteitagen der FDP. Aus Kostengründen informiert die Bundes-VLK über ihre Arbeit und aktuelle kommunalpolitische Fragen nur noch elektronisch. Informationen werden tagesaktuell auf Facebook und im Internet unter <http://www.vlk-bundesverband.de/> verbreitet. Entsprechende Angebote gibt es auch in den Landesverbänden.

Die kommunalpolitische Fachzeitschrift „das rathaus“ musste zum Jahresende 2013 eingestellt werden. Einige Landesverbände geben auch noch gedruckte Informationen an ihre Mitglieder.

Bundesvereinigung Liberale Schwule und Lesben

Vorsitz: **Michael Kauch**

Die Liberalen Schwulen und Lesben verstehen sich als liberale Vorfeldorganisation, die zum einen Bürgerrechts- und Menschenrechtsthemen hinsichtlich Lesben, Schwulen und Transgender in die Partei trägt, zum anderen Zielgruppenarbeit für die Liberalen bei interessierten Bürgerinnen und Bürgern leistet.

LiSL setzt einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit in der liberalen Familie:

» Gemeinsam mit FDP und Jungen Liberalen wurde 2013 und 2014 erneut eine gemeinsame Kampagne zu den Christopher Street Days organisiert. Diese wird unter der Leitung von Michael Kauch mittlerweile in 40 Städten unterschiedlicher Größe umgesetzt – von Köln bis Chemnitz, von Kiel bis Freiburg. Die Kampagne schafft seit 2004 Sichtbarkeit für die FDP und ihre Politik und ist die größte kontinuierliche Kampagne in der liberalen Familie. Auch für 2015 ist eine Fortsetzung der Kampagne vorgesehen.

» In Kooperation mit LiSL hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein nationales und ein internationales Seminar zur Bürgerrechts- und Menschenrechtspolitik für Lesben, Schwule und Transgender organisiert.

» In Kooperation mit dem LHG-Bundesverband bzw. dem Liberalen Mittelstand sind 2015 regionale Veranstaltungen zu Regenbogenfamilien, internationaler Menschenrechtspolitik und Diversity Management im Mittelstand in Vorbereitung.

LiSL unterstützt die Landtagsfraktionen der FDP in der thematischen Arbeit. So



Auf dem CSD in Frankfurt waren die Liberalen Schwulen und Lesben mit einem eigenen Wagen vertreten

konnten mit inhaltlichem Input von LiSL in den Landtagen von NRW und Niedersachsen Hearings zur Schulaufklärung über homosexuelles Leben organisiert werden. Der hessische Landtagsabgeordnete und LiSL-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Lenders organisiert einen regen Austausch der Ansprechpartner in den Landtagsfraktionen über gute Initiativen in den einzelnen Bundesländern, etwa zur Umsetzung der Steuer-Gleichstellung in den Finanzverwaltungen oder die Beendigung des pauschalen Ausschlusses Homosexueller von der Blutspende.

Programmatisch hat LiSL 2014 Programmpapiere zu Diversity Management, Schulaufklärung, Familienrecht sowie „Schwulen und Lesben im Alter“ erarbeitet. Der Antrag zum Diversity Management wurde erfolgreich im BFA Arbeit und Soziales eingebracht und

liegt nun in einer weiterentwickelten Form dem Bundesparteitag vor. Darüber hinaus hat sich LiSL 2014 an den Hirschfeld-Tagen der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit inhaltlichen Veranstaltungen beteiligt.

Als neue Landesverbände wurden LiSL Baden-Württemberg und LiSL Nord (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern) aufgebaut. Neben den genannten Ländern finden Aktivitäten aktuell in Bayern, Berlin-Brandenburg, Hessen, NRW und Niedersachsen statt. International hat LiSL an der Gründung der ALDE-Arbeitsgemeinschaft „Liberals 4 Equality“ mitgewirkt, die sich insbesondere um Menschenrechtsfragen in Osteuropa kümmert.

STATISTIK

Mitglieder

Im Mai 2015 hatte die FDP rd. 54.000 Mitglieder, die sich auf 16 Landesverbände und die sogenannten bundesunmittelbaren Mitglieder verteilen. Die Landesverbände sind in insgesamt 61 Bezirksverbände, 465 Kreisverbände und rund 2.200 Ortsverbände gegliedert.

Wer der FDP beiträgt, wird in der Regel Mitglied des Orts-, des Kreis- oder des Stadtverbandes im jeweiligen Wohnort. Mehrere Ortsverbände sind zu Kreisverbänden zusammengeschlossen, mehrere Kreisverbände bilden gemeinsam Bezirks- oder Landesverbände. Bezirksverbände gibt es allerdings nur in den „großen“ Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz. In Berlin und Hamburg ersetzen sie die Kreisverbände.

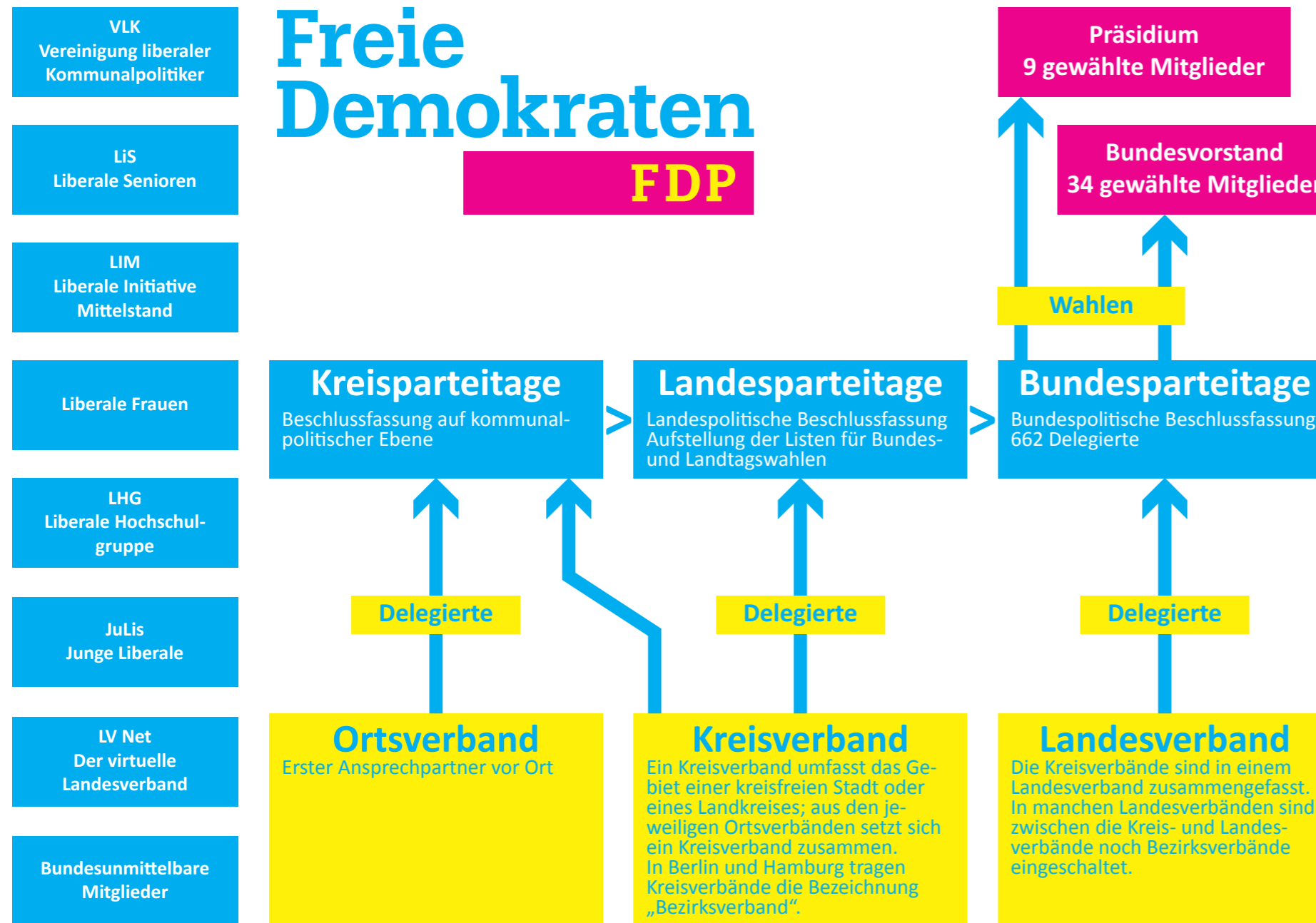
Mitglieder, die sich nicht in Landesverbänden engagieren, etwa weil sie im Ausland wohnen, sind bundesunmittelbare Mitglieder, unter anderem organisiert in der Auslandsgruppe Europa oder in dem virtuellen Online-Landesverband „LV Net“.

Die Auslandsgruppe Europa besteht aus Mitgliedern, die sich zeitweise im europäischen Ausland aufhalten (Luxemburg, London, Mallorca und Brüssel, wo es Ortsverbände gibt) und uns vor Ort repräsentieren.



Aktionstag der FDP Bremen mit Wahlkampfunterstützern aus dem gesamten Bundesgebiet

Gremien der Freien Demokratischen Partei



Oberstes Beschlussorgan ist der Bundesparteitag (BPT). Er setzt sich zusammen aus 662 Delegierten: 660 aus den 16 Landesverbänden und zwei aus der Auslandsgruppe Europa. Die 660 Delegierten verteilen sich zur einen Hälfte nach dem Zweitstimmenergebnis der letzten Bundestagswahl auf die Landesverbände und zur anderen Hälfte nach der Anzahl der Mitglieder.

Der BPT tagt in der Regel einmal im Jahr als ordentlicher Bundesparteitag und wählt alle zwei Jahre das Präsidium und den Bundevorstand. Gibt es besondere Geschehnisse innerhalb und außerhalb der Partei, kann es auch außerordentliche Bundesparteitage geben. Das Präsidium, der geschäftsführende Vorstand, besteht aus dem Bundesvorsitzenden, dem Generalsekretär (auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden), drei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister und drei Beisitzern. Das Präsidium tagt in der Regel montags. Der Bundevorstand tagt etwa alle sechs bis acht Wochen. Er besteht aus dem Präsidium und 34 Beisitzern: 16 sind sogenannte Kurfürsten für die Bundesländer. Für diese 16 Beisitzer haben die Landesverbände das alleinige Vorschlagsrecht. 18 weitere Beisitzer stammen aus der „freien Wildbahn“, das heißt, der Bundesparteitag wählt sie aus seiner Mitte ohne Vorgaben. Für die inhaltliche Arbeit sind außerdem Bundesfachaus-schüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen von Bedeutung.

Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

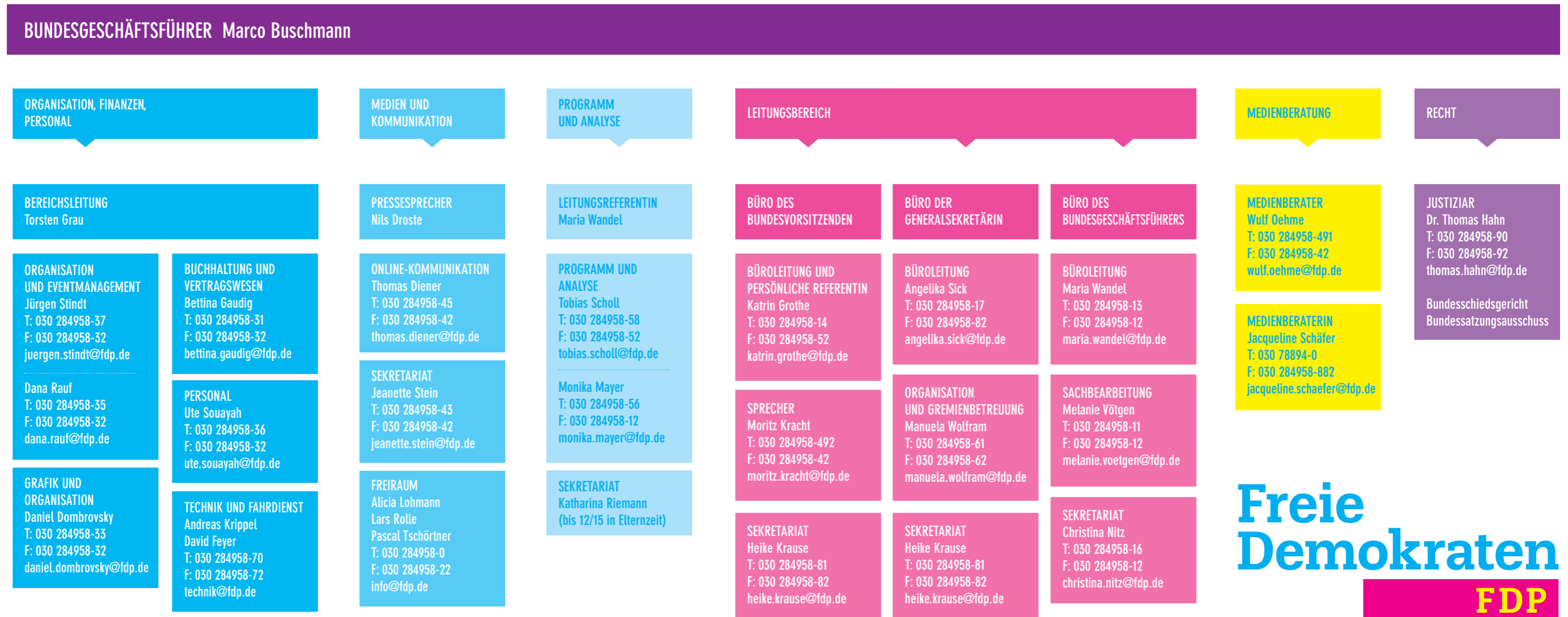
Landesverband	31.12.2014	Männer	Frauen	31.12.2013	31.12.2012
Baden-Württemberg	6.565	5.079	1.486	6.675	6.736
Bayern	5.057	3.921	1.136	5.225	5.281
Berlin	2.627	2.016	611	2.756	2.850
Brandenburg	1.214	956	258	1.275	1.340
Bremen	284	226	58	297	354
Hamburg	1.039	854	185	1.128	1.116
Hessen	5.652	4.372	1.280	5.780	5.994
Mecklenburg-Vorpommern	768	621	147	812	842
Niedersachsen	5.295	4.102	1.193	5.488	5.709
Nordrhein-Westfalen	14.417	10.893	3.524	14.708	14.751
Rheinland-Pfalz	4.276	3.332	944	4.386	4.534
Saarland	1.178	840	338	1.269	1.360
Sachsen	2.119	1.689	430	2.196	2.296
Sachsen-Anhalt	1.314	1.011	303	1.425	1.524
Schleswig-Holstein	2.105	1.567	538	2.165	2.206
Thüringen	1.233	955	278	1.298	1.385
Ausland / bundesunmittelbar	393	330	63	380	397
Gesamt-Partei	55.536	42.764	12.772	57.263	58.675

Mandatsträger der Freien Demokraten

Mitglieder im Europäischen Parlament:	3
Mitglieder im Landtag Baden-Württemberg:	7
Mitglieder im Landtag Bremen:	6
Mitglieder im Landtag Hamburg:	9
Mitglieder im Landtag Hessen:	6
Mitglieder im Landtag Niedersachsen:	14
Mitglieder im Landtag Nordrhein-Westfalen:	22
Mitglieder im Landtag Schleswig-Holstein:	6
Mandatsträger insgesamt:	73

**Freie
Demokraten**
FDP

Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle



Verantwortlich:

FDP-Bundesgeschäftsstelle

Marco Buschmann

T: 030 284958-10

F: 030 284958-12

marco.buschmann@fdp.de

Gesamtherstellung: Universum AG Reinhardtstraße 12 · 10117 Berlin

Layout und Satz: S&T Digitale Medien GmbH, Flottenstr. 4a, 13407 Berlin

Fotos: Petra Horstick, Caitlin Hardee, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken,

Thomas Diener, Roland Kowalke

